

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLANDS SYRIENINTERVENTION

■ ANALYSE		
Russlands Syrienintervention		2
Margarete Klein, Berlin		
■ ANALYSE		
Diplomatie und Intervention: Moskaus »Krieg gegen den Terror« in Syrien		6
Philipp Casula, Zürich		
■ UMFRAGE		
Der russische Militäreinsatz in Syrien		11
Der Abschuss des russischen Jagdbombers und die russisch-türkischen Beziehungen		13
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Ist Kadyrow ein »Patriot« oder eine »Schande« für Russland?		15
■ UMFRAGE		
Kadyrov in der Wahrnehmung der russischen Öffentlichkeit		19
Die Wahrnehmung der Litwinenko-Affäre in der russischen Öffentlichkeit		21
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Über Tabus, Glasnost und Antiglasnost		22
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
22. Januar – 4. Februar 2016		25

Russlands Syrienintervention

Margarete Klein, Berlin

Zusammenfassung

Mit der Intervention in Syrien demonstriert Russland, dass es nicht nur wie bisher zu militärischen Operationen im postsowjetischen Raum, sondern in begrenztem Umfang auch außerhalb seiner Nachbarschaft, fähig ist. Darin spiegeln sich Erfolge der 2008 gestarteten Militärreform wider: Neubeschaffung von Waffensystemen, höhere Einsatzbereitschaft durch verbessertes Training und schnellere Verlegbarkeit von Personal und Material. Zugleich legt die Syrienoperation weiterhin bestehende Mängel offen – z. B. im Bereich von Präzisionsmunition – und birgt militärische, finanzielle sowie innen- und außenpolitische Risiken.

Offizielle Begründung und eigentliche Motive

Am 30. September 2015 nahm der russische Föderationsrat einstimmig den Antrag des Präsidenten an, die Streitkräfte außerhalb des Staatsgebiets einzusetzen. Die Zustimmung der zweiten Parlamentskammer ist nach Art. 102 Nr. 1 Punkt d) der Verfassung erforderlich, wenn die russische Regierung Militär jenseits der Grenzen einsetzen will. Begründet wurde der Antrag mit einem Hilfesuch des syrischen Präsidenten sowie der Notwendigkeit, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Der Chef der Kremlverwaltung, Sergej Iwanow, verwies in diesem Zusammenhang auf die gestiegene Zahl russischer und anderer Staatsbürger aus postsowjetischen Staaten, die in den Reihen des »Islamischen Staats« kämpfen. Es sei besser, der Gefahr von »Rückkehrern« weit entfernt von Russland, anstatt im eigenen Land entgegenzutreten.

Die offizielle Begründung verschleiert aber die wirklichen Motive des russischen Militäreinsatzes. Zwar stellt der »Islamische Staat« eine reale Bedrohung für Russland dar; seine Bekämpfung bildet aber nur ein nachrangiges Ziel der Militäroperation. Das zeigt ein Blick auf die Einsatzgebiete der russischen Luftwaffe. In den ersten Wochen konzentrierten sich diese nicht auf »IS«-Stellungen, sondern auf den Nordwesten des Landes, wo verschiedene Oppositionsgruppen seit Frühjahr 2015 Geländegewinne erzielt hatten. Erst nachdem sich die militärische Situation dort zu Gunsten Assads zu entspannen begann, weitete Moskau seine Angriffe gegen den »IS« aus. Aber auch hier fällt ein selektives Vorgehen auf. Luftschläge gegen den »IS« finden vor allem dort statt, wo das syrische Regime unmittelbar bedroht ist wie in Deir ez-Zor oder um Aleppo, weniger in den übrigen »IS«-kontrollierten Gebieten.

Die geographische Verteilung der russischen Luftschläge deutet darauf hin, dass es Moskau darum geht, dem syrischen Regime ein Kernterritorium im westlichen Teil des Landes zu sichern und auf diesem Weg sowohl die Position Assads als auch die Russlands bei Verhandlungen zur Neuordnung Syriens zu verbessern.

Die Führung in Moskau hatte seit Ausbruch des Syrienkonflikts verschiedene Vermittlungsversuche unternommen; zuletzt waren Mitte August 2015 Oppositionsvertreter nach Moskau eingeladen worden – ohne Ergebnis. Die Militärintervention soll nun dabei helfen, die Bedingungen und Spielregeln einer Verhandlungslösung mitzubestimmen.

Russlands Interessen reichen aber über die Lösung des Syrienkonflikts hinaus. Im regionalen Kontext bestehen sie darin, die seit der Jahrtausendwende angestrebte Rückkehr Russlands in den Nahen Osten zu untermauern und dort als Veto-Akteur anerkannt zu werden. Durch eine Schlüsselstellung in Syrien sollen auch die westlichen Staaten gezwungen werden, ihre im Zuge des Ukraine-Krieges gegenüber Moskau eingenommene harte Haltung aufzuweichen.

Die Vorbereitungen für eine militärische Intervention

Das Scheitern der eigenen diplomatischen Bemühungen gekoppelt mit militärischen Erfolgen der syrischen Opposition setzten Moskaus Syrienpolitik seit Frühjahr 2015 massiv unter Druck. Als selbst eine Ausweitung des bisherigen Instrumentariums – Waffenlieferungen und Militärberater – keinen Erfolg zeigte, begannen die konkreten Vorbereitungen für eine Intervention. Dazu gehörten die Verlegung von Waffen, der Ausbau von Infrastruktur vor Ort und die Entsendung von Personal. Um größere Kriegs- und Transportschiffe aufnehmen zu können, wurde der Marinestützpunkt in Tartus, den Moskau seit 1971 betreibt, verstärkt. Am 26. August 2015 sicherte sich Russland durch ein Abkommen mit Damaskus die kostenlose und zeitlich unbefristete Nutzung des Flughafens von Hmeimim bei Latakia. Des Weiteren wurden seit Sommer 2015 Militärtechniker, Truppen zum Schutz der Stützpunkte sowie Flugzeuge, Helikopter und Luftabwehrsysteme nach Syrien verlegt. Der Transport von Personal, Waffen und Ausrüstung erfolgte dabei sowohl über den See- als auch über den Luftweg. Militärtransportflugzeuge (Il-76, An-123) flogen von Südrussland über das Kaspische Meer, Iran und

Irak nach Syrien. Zum Seetransport nutzten Russlands Streitkräfte nicht nur eigene Schiffe, sondern kauften auch türkische Handelsschiffe, die dann unter russische Flagge gestellt wurden oder charterten Transportschiffe anderer ausländischer Eigner.

Bei der Vorbereitung der Piloten auf ihren Einsatz in Syrien spielte die jährliche Großübung »Zentr 2015« eine entscheidende Rolle. Diese fand nur drei Wochen vor der Intervention (7. bis 12. September 2015) mit 95.000 Soldaten und 170 Flugzeugen im Militärdistrikt »Zentrum« statt. Das darin geprobte Szenario wies Ähnlichkeiten mit der später in Syrien durchgeführten Operation auf: der Zerstörung einer großen bewaffneten Terrorgruppe primär aus der Luft. Viele der eingesetzten Flugzeugtypen (Su-24, Su-25, Su-34, Tu-22) wurden danach in Syrien genutzt. »Zentr 2015« diente darüber hinaus auch als Cover für die Verlegung militärischen Geräts nach Syrien.

Zu den Vorbereitungen der Operation gehörte auch die militärisch-politisch Abstimmung mit zentralen regionalen Akteuren. Nach westlichen Medienberichten reiste im Juli 2015 der Kommandeur der iranischen al-Quds-Brigade (Eliteeinheit der Revolutionsgarden) nach Moskau, um das gemeinsame Vorgehen zwischen den iranischen Bodentruppen, die zusammen mit der syrischen Armee und Hisbollah kämpfen, und der russischen Luftwaffe abzusprechen. Ende September vereinbarten Damaskus, Moskau, Teheran und Bagdad die Einrichtung eines gemeinsamen Informationszentrums in der irakischen Hauptstadt, um ihre Aktionen gegen den »IS« zu koordinieren. Kurz vor den russischen Luftangriffen flog Premierminister Benjamin Netanjahu zusammen mit Vertretern der israelischen Militärführung nach Moskau. Dabei ging es sowohl um die Verhinderung unintendierter Zwischenfälle zwischen beiden Streitkräften als auch um die Versicherung Moskaus, auf die strategischen Sicherheitsinteressen Israels Rücksicht zu nehmen und insbesondere die Weitergabe russischer Waffen an iranische und Hisbollah-Kämpfer in Syrien zu verhindern.

Charakteristika der Militäroperation in Syrien

Die russische Militäroperation in Syrien unterscheidet sich sowohl hinsichtlich der strategischen Ziele, als auch der zugrundeliegenden Operationskonzepte und eingesetzten Fähigkeiten vom Krieg in der Ukraine. Bei letzterem handelt es sich um einen verdeckten Einsatz regulärer Bodentruppen, von Spezialkräften und paramilitärischen Freiwilligenverbänden im Rahmen der »hybriden Kriegsführung«, wobei das Ziel nicht primär die Eroberung von Territorium ist, sondern die Destabilisierung des gesellschaftlichen und politischen Systems.

Der Syrien-Einsatz findet dagegen offen statt, basiert hauptsächlich auf den Luftstreitkräften und zielt auf Geländegewinn. Beide Einsätze spiegeln die Entwicklung des militärischen Denkens in Russland wider. Während »hybride« oder »nicht-lineare Kriegsführung« eine Antwort auf »farbige Revolutionen« in dem von Moskau beanspruchtem Einflussbereich – dem postsowjetischen Raum – darstellen, basiert der Syrieneinsatz auf »lessons learned« aus westlichen Luftoperationen im Kosovokrieg oder dem Libyenkonflikt.

Kernstück der Operation stellt die Luftunterstützung für syrische (und iranische und Hisbollah-) Bodentruppen sowie die Bekämpfung von Bodenzielen dar. Zum hauptsächlich eingesetzten Arsenal gehören Erdkampfflugzeuge (Su-25), Jagdbomber (Su-24, Su-34), Mehrzweckkampfflugzeuge (Su-30) und Kampfhubschrauber (Mi-24). Da weder der »IS« noch andere syrische Rebellengruppen über Luftstreitkräfte oder Luftabwehrsysteme oberhalb der Ebene von schultergestützten Luftabwehrsystemen (»MANPADS«) verfügen, waren russische Kampfflugzeuge bis zum Abschuss der Su-24 durch türkische Kampffjets am 24. November 2015 ohne Begleitschutz in der Luft. Seitdem sollen diese von Abfangjägern (Su-27, Su-30) geschützt werden, wodurch sich die Zahl der in Syrien eingesetzten russischen Kampfflugzeuge von ca. 50 auf ca. 69 erhöhte. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministers führten russische Kampfflugzeuge zwischen dem 30. September und 25. Dezember 2015 insgesamt 5.240 Einsätze durch, was einen Tagesdurchschnitt von 60 Flügen ergibt. Der punktuelle Einsatz strategischer Bomber (Tu-160, Tu-95) diente dabei weniger operativen Zielen, sondern der »show of force« gegenüber regionalen Akteuren und vor allem gegenüber westlichen Staaten.

Neben der Luftunterstützung baut Moskau auch zunehmend Kapazitäten auf, um syrische Bodentruppen vor gegnerischen Luftangriffen zu schützen. Dazu werden boden- und seegestützte Luftabwehrsysteme stationiert. Auch hier lässt sich eine Ausweitung des eingesetzten Arsenal im Laufe der Operation beobachten. Handelte es sich zunächst vor allem um Kurzstrecken-Luftabwehrsysteme (Tor, Panzir), nahm Moskau den Abschuss der Su-24 zum Anlass, den Raketenkreuzer »Moskwa« mit dem seegestützten Mittelstrecken-Luftabwehrsystem S-300 (Fort) vor die Küste von Latakia zu verbringen. Gleichzeitig kündigte das russische Verteidigungsministerium die Verlegung des landgestützten Langstrecken-Luftabwehrsystems S-400 auf die Luftwaffenbasis in Hmeimim an. Auch wenn nicht geklärt ist, ob die S-400 bereits tatsächlich komplett nach Syrien verbracht wurde, weitet Moskau damit sukzessive seine »Anti Access/Area Denial«-Fähigkeit in einzelnen Räu-

men aus, mit der Flugzeuge anderer Staaten am Eindringen in das Operationsgebiet gehindert und so deren Handlungsspielraum beschränkt werden kann.

Neben den Luftstreitkräften ist auch die Marine mit Schiffen der Schwarzmeerflotte (Raketenkreuzer, U-Boot, Fregatte, Zerstörer), der Kaspischen Flotille (Fregatte, Korvetten) und der Baltischen Flotte (Aufklärungsboot) beteiligt. Jenseits der Sicherung des Nachschubs über den Seeweg dient ihre Präsenz der Abschreckung, Aufklärung und Luftabwehr.

Bodentruppen sind bislang primär zum Schutz der russischen Stützpunkte eingesetzt, wofür sie auf Artilleriesysteme und Kampfpanzer zurückgreifen können. Der in London forschende Militärexperte Igor Sutyagin vermutet, dass russische Heeressoldaten darüber hinaus bereits punktuell Artillerieunterstützung für die syrischen Bodentruppen leisten.

Der Syrieneinsatz und Russlands Militärreform

Bis September 2015 gingen viele Militärexperten davon aus, dass Russlands Streitkräfte zwar eine hybride oder offene Intervention in einem postsowjetischen Staat, nicht jedoch eine »*out-of area*«-Operation durchführen könnten. Syrien zeigt, dass Moskau in begrenztem Maße sehr wohl zur Machtprojektion außerhalb seiner unmittelbaren Nachbarschaft in der Lage ist. Dies ist eine Folge der nach dem Georgienkrieg im Herbst 2008 gestarteten Militärreform, die bis heute das einzige substantielle und mit Nachdruck verfolgte Reformprojekt der russischen Führung darstellt. Das Ziel besteht darin, die veraltete, auf einen großen Landkrieg mit der NATO ausgerichtete Massenmobilisierungsarmee in eine modern bewaffnete, gut ausgebildete und professionalisierte Einsatzarmee umzuwandeln, die zu verschiedenen Operationen – von »hybriden Kriegen« bis hin zu »netzwerkbasierten Operationen« fähig ist.

Der Syrieneinsatz bietet einen Einblick in den Reformzustand einzelner Teilbereiche der russischen Streitkräfte. Dies gilt insbesondere für die »Luft- und Weltraumstreitkräfte«, die im August 2015 aus der Zusammenlegung von Luftwaffe und Luft- sowie Weltraumabwehr hervorgegangen sind. Der Syrienkrieg wird genutzt, um die neue Kommandostruktur sowie moderne Waffensysteme in Einsatz zu testen. So werden erstmals die neuen Kampfflugzeuge Su-30SM, Su-34 und Su-35, der Kampfhubschrauber Ka-52, das Langstrecken-Luftabwehrsystem S-400 sowie Präzisionsmunition (luftgestützte Marschflugkörper Ch-101 und Ch-555, Präzisionsbomben KAB-250 und KAB-500, seegestützte Marschflugkörper »Kalibr«) in einer Kampfoperation eingesetzt. Auch wenn diese Waffensysteme eine substantielle Verbesserung der russischen

Fähigkeiten anzeigen, ist ihre Verbreitung in den Streitkräften bislang erst zum Teil erfolgt. Die Großteil der in Syrien eingesetzten Munition besteht daher auch weiterhin aus un gelenkten Bomben – mit der Folge hoher Opferzahlen unter Zivilisten. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte bezifferte die Zahl der bis zum 22. Dezember 2015 durch russische Luftangriffe getöteten Zivilisten auf 700.

An der Syrienoperation ist auch die Marine beteiligt. Während diese bis Mitte der 2000er Jahre unter veralteten und schlecht gewarteten Schiffen litt, profitieren nun v. a. die Pazifik-, die Nordmeer- und die Schwarzmeerflotte von Neubeschaffungen. Auch fielen durch die Krim-Annexion Begrenzungen für die Modernisierung der Schwarzmeerflotte weg. Darüber hinaus hat Moskau seit Ende 2012 eine permanente Marinepräsenz im Mittelmeer aufgebaut, die aus bis zu 10 Kampfschiffen besteht und zusammen mit den schnell aus dem Schwarzmeer zu verlegenden Schiffen Russlands militärische Fähigkeiten im östlichen Mittelmeer deutlich erweitert hat. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in anderen Teilen der russischen Marine – wie auch der Luftwaffe – weiterhin strukturelle Probleme herrschen, die nicht schnell behebbar sind: veraltete oder schlecht gewartete Hardware, Produktions- und Qualitätsprobleme der Rüstungsindustrie sowie teils mangelndes Training der Soldaten.

Zu den in der Syrienoperation deutlich sichtbar gewordenen Fortschritten gehört das Logistik- und Nachschubsystem, das seit 2010 grundlegend reformiert wurde. Dadurch konnte die traditionelle Abhängigkeit vom Schienen – und damit Landweg überwunden werden. Strategische Mobilität ist nun auch über den Luft- und Seeweg soweit möglich, dass Moskau eine begrenzte *out-of-area*-Operation in kurzer Vorbereitungszeit organisieren und vor allem aufrechterhalten kann.

Zu den Verbesserungen gehört auch eine verschlankte und modernisierte Führungsstruktur. Dabei spielt das im Dezember 2014 geschaffene »Nationale Führungszentrum« (»Nazionalnyj zentr upravlenija oboronoj«) eine entscheidende Rolle. Computerbasiert ermöglicht es in Echtzeit die Beobachtung der militärisch-politischen Situation innerhalb und außerhalb Russlands und erleichtert schnelle Entscheidungsfindung sowie die Koordination zwischen den Teilstreitkräften, die noch im Georgienkrieg zu den großen Schwachstellen der russischen Streitkräfte gehört hatte.

Neben der Modernisierung militärischer Hardware hat Moskau in den vergangenen Jahren stark in das Training der Soldaten investiert. Zahl, Dauer und Komplexität der Übungen sind insbesondere seit dem Amtsantritt Sergej Schojgus als Verteidigungsminister im Herbst 2012 deutlich erhöht worden. Dabei spielte auch die

Wiedereinführung der sogenannten *snap inspections* eine große Rolle, die neben den jährlichen Großübungen – wie »Zentr 2015« – ohne vorherige Ankündigung durchgeführt werden. Die Einsatzbereitschaft der Soldaten profitiert zudem von den in realen Missionen gesammelten Erfahrungen. Betraf dies im Ukrainekrieg v. a. Luftlandtruppen, Marineinfanterie und Speznas, gilt dies in Syrien für Piloten, Marineangehörige und Soldaten aus dem Bereich Logistik und Nachschub. Nach Angaben der Zeitung »Moskowskij Komsomolez« besitzen heute bereits 58 % der Offiziere Erfahrung in Kampfeinsätzen.

Grenzen und Gefahren des Syrieneinsatzes

Auch wenn der Syrieneinsatz der russischen Streitkräfte Fortschritte in der Militärreform offenbart und Moskaus Position im unmittelbaren Konflikt und der Region ausgeweitet hat, weist er Grenzen auf und ist mit Gefahren verbunden. Militärisch konzentriert sich die Operation bislang primär auf die Luft- und Weltraumstreitkräfte sowie die Marine. Ein Einsatz von Bodentruppen wurde von der politischen und militärischen Führung strikt ausgeschlossen. Ein solcher wäre vermutlich mit hohen Opferzahlen verbunden und daher in der Öffentlichkeit schwer vermittelbar. Die innenpolitischen Gewinne eines begrenzten, erfolgreichen Luftkriegs könnten sich schnell ins Gegenteil verkehren, wenn der Krieg sich in die Länge zieht und mit hohen Opferzahlen verbunden ist, wie die Erfahrung des Afghanistan- und Tschetschenienkrieges in der Vergangenheit gezeigt hatte. Moskaus Führung könnte unter Druck geraten, ihr Engagement in Syrien ausweiten zu müssen. Dies ist sowohl dann der Fall, wenn die Truppen Assads und seiner Verbündeten in die Defensive geraten oder wenn sie große Geländegewinne erzielen, diese aber nicht mit eigenen Kräften halten können.

Eine Ausweitung der Militäroperation wäre auch finanziell ein Risiko für Russland. Zwar sind die Kosten bislang überschaubar; nach Angaben von »Jane's« liegen sie täglich bei ca. 4 Millionen US-Dollar, was pro Jahr 1,4 Mrd. US-Dollar entspräche. Das russische Ver-

teidigungsministerium erklärte bereits, dass die laufenden Kosten aus dem Trainingsbudget der Streitkräfte zu decken wären und damit keine Erhöhung des Haushalts nötig sei. Angesichts des niedrigen Ölpreises und der Wirtschaftskrise ist aber nicht auszuschließen, dass ein längerer, eventuell ausgeweiteter Militäreinsatz doch zu Verteilungsproblemen innerhalb des Verteidigungsbudgets bzw. zwischen den Streitkräften und anderen Ressorts führt.

Auch sicherheitspolitisch stellt der Syrieneinsatz ein Risiko für Russland dar. Zwar können dabei Stellungen des »IS« und anderer Rebellengruppen, denen sich russische Staatsbürger angeschlossen haben, unter Beschuss geraten und damit die Zahl potentieller »Heimkehrer« reduziert werden. Zugleich jedoch wird Russland durch sein militärisches Eingreifen zum direkten Ziel des »IS« und anderer islamistischer Gruppierungen.

Auch außenpolitisch stellt die Syrienkampagne für Moskau ein Risiko dar. Zwar wurde Moskau damit zu einem wichtigen und bei der Lösung des Konflikts unverzichtbaren Akteur; zugleich ist es nun eindeutig Konfliktpartei. Das bisherige Narrativ, wonach Russland der einzige Akteur mit guten Beziehungen zu fast allen am Konflikt beteiligten Akteuren und damit für die Rolle des »ehrlichen Maklers« prädestiniert sei, ist endgültig Makulatur. Moskaus Außenpolitik wird nun darauf achten müssen, nicht als Teil einer pro-schiitischen Achse »Assad–Iran–Hisbollah« wahrgenommen zu werden. Dies ist auch aus innenpolitischen Gründen notwendig, sind doch die meisten in Russland lebenden Muslime Sunniten.

Ob Russlands Führung ihre Militärintervention in Syrien in innen- und außenpolitische Gewinne ummünzen kann, hängt damit von verschiedenen Bedingungen ab: ob der Einsatz zeitlich und im Umfang begrenzt bleibt, und ob Moskau seine Handlungsfreiheit gegenüber seinen Verbündeten wahren und seine Beziehungen in der Region diversifizieren und dabei vor allem zu einzelnen sunnitisch geprägten Ländern verbessern kann.

Über die Autorin

Dr. Margarete Klein studierte Neuere und Neueste sowie Mittelalterliche Geschichte und Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians Universität in München. Zwischen 2004 und 2008 war sie als wissenschaftliche Assistentin an der Universität Regensburg tätig, bevor sie 2008 zur Stiftung Wissenschaft und Politik wechselte. Dort ist sie seit 2016 stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe »Osteuropa und Eurasien«. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der russischen Außen-, Sicherheit- und Militärpolitik, v. a. der Militärreform sowie der Asien- und Nahostpolitik Russlands.

Lesetipps

- Norberg, Johan: Training to fight – Russia's Major Military Exercises 2011–2014. FOI Totalförsvarets forskningsinstitut FOI-R--4128—SE, Stockholm: FOI, November 2015 <www.foi.se/Documents/foir4128.pdf>.
- Dyer, Anna Maria: Three Months of Russian Intervention in Syria: The Military and Political Implications. PISM Bulletin, 2016, Nr. 1; <http://www.pism.pl/files/?id_plik=21212>.

- Klein, Margarete; Major, Claudia: Perspectives for NATO-Russia Relations. Forms of Confrontation Dominate – But Dialogue not Excluded. SWP Comments, 2015/C 49, November 2015 <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2015C49_kle_mjr.pdf>.
- McDermott, Roger: Russia's Strategic Mobility and its Military Deployment in Syria. FOI Totalförsvarets forskningsinstitut FOI RUFS Briefing No. 31, Stockholm: FOI, November 2015, 2 S. <<http://www.foi.se/Documents/RUFS%20Briefing%20No.%2032%20.pdf>>.
- Sutyagin, Igor: Detailing Russian Forces in Syria. RUSI Defence Systems, 13. November 2015, <<https://rusi.org/publication/rusi-defence-systems/detailing-russian-forces-syria>>.
- Gorenburg, Dmitry: Russian Military Reform. Tracking developments in the Russian military [Blog zum russischen Militär]: <<https://russiamil.wordpress.com/author/gorenbur/>>.

ANALYSE

Diplomatie und Intervention: Moskaus »Krieg gegen den Terror« in Syrien¹

Philipp Casula, Zürich

Zusammenfassung

Russland hat sich bereits vor seinem militärischen Eingreifen in Syrien intensiv diplomatisch in den Bürgerkrieg eingeschaltet. In Kooperation mit den USA aber auch mit Staaten des Nahen Ostens, leistete Russland einen wichtigen Beitrag, die internationalen Verhandlungen in Wien und die unterbrochenen Friedensgespräche in Genf zu ermöglichen. Der folgende Beitrag diskutiert Moskaus Militärintervention und die diplomatischen Bemühungen des Kremls vor dem Hintergrund der Wahrnehmungen des syrischen Bürgerkrieges in den russischen Medien.

Die Medien-Front: Russlands Blick auf Syrien

Die russische Militärintervention hat viele westliche Beobachter überrascht. Russland, militärisch bereits in der Ukraine engagiert und unter westlichen Sanktionen leidend, schien nicht in der Lage, fernab der eigenen Grenzen mit Waffengewalt zu intervenieren. Dem Militäreinsatz vorausgegangen war eine intensive diplomatische Aktivität. Dieses Engagement hat auch viel mit der medialen Wahrnehmung des Bürgerkrieges in Syrien zu tun.

Im Vergleich zu den ersten Bürgerkriegsjahren hatte das russische Medieninteresse an dem Konflikt 2013–2015 immer mehr abgenommen. Auf den großen Kanälen dominierten andere außenpolitische Themen, vorrangig der Konflikt um die Ukraine. Nur Nischensender, wie der auf Konflikte spezialisierte Kanal Anna-

News, berichteten weiterhin regelmäßig vom syrischen Kriegsschauplatz. Politische Einschätzungen lieferten auf Auslandsfragen fokussierte Printmedien, wie »Asija i Afrika Segodnja« (»Asien und Afrika Heute«). Die Nahostexpertin Nailja Fachrutdinowa argumentierte dort zum Beispiel, dass der arabische Frühling alle Hoffnungen enttäuscht habe (A byla li »Arabskaja wesna?«, 2013, Nr. 5, S. 27–32; <http://asiaafrica.ru/images/AA_nomers/2013/201305/Fakhrutdinova.%20Arabskaya%20vesna.pdf>). Immer wieder würden Araber zu einer »islamischen Ideologie« zurückkehren, weil in der Region andere Leitideen fehlten. Der arabische Frühling sei Ergebnis »von arabischer Torheit und von westlichem Staatsterrorismus«. In der Tat sei es der arabischen Bevölkerung unter ihren autokratischen Herrschern materiell nicht schlecht gegangen, so die Autorin. Derartig verallgemeinernde Positionen sind aber eher die Ausnahme als die Regel. Die Diplomatin Marija Choldynskaja-Golenischtschewa kommentierte beispielsweise ausführlich den internationalen Kontext des syrischen Bürgerkrieges (Krisis w Sirii, in: Asija i Afrika Segodnja, 2015, Nr. 6, S. 13–20; <http://asiaafrica.ru/images/AA_nomers/2015/201506/Chodinskaya-Golenisheva.pdf>). Sie beklagte insbesondere die westliche Unterstützung

¹ Dieser Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete Fassung eines Artikels, der am 16. November 2015 in englischer Sprache im Russian Analytical Digest erschienen ist: Philipp Casula: Russia between Diplomacy and Military Intervention: The Syrian Conflict through Russian Eyes revisited, Russian Analytical Digest, 2015, Nr. 175, S. 6–10; <<http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/RAD175.pdf>>.

von Oppositionsgruppen, die nur eine dünne soziale Basis in Syrien hätten. Jewgenij Primakow schließlich, der 2015 verstorbene Doyen der russischen Orientforschung, bezichtigte die USA für den Aufstieg des sogenannten »Islamischen Staates« (»IS«) verantwortlich zu sein und hob die Gefahr hervor, die von nach Russland zurückkehrenden Kämpfern ausgeht (»Islamskoje gosudarstwo« – Realnaja opasnost, in: Asija i Afrika Segodnja, 2015, Nr. 7, S. 2–3; <http://asiaafrica.ru/images/AA_nomers/2015/201507/Primakov.%20Islamskoe%20gosudarstvo.pdf>). Was all diese Kommentare teilen, ist ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Westen und allgemein gegenüber revolutionären Umbrüchen.

Das verstärkte russische Engagement in Syrien seit Sommer 2015 hat den Konflikt auf die Bildschirme der großen russischen Fernsehkanäle zurückgebracht. Am 20. September 2015 berichtet Dmitrij Kiseljow in der populären Nachrichtensendung »Westi Nedeli« prominent über den Bürgerkrieg. Unter der Überschrift »Wir geben Syrien nicht auf« argumentiert er, dass die USA auf derselben Seite stünden wie das »terroristische Kalifat«: Zusammen versuchten sie, Syrien als säkularen Staat zu zerstören. Westi Nedeli brachte auch die Rückkehr der Kriegsreporter Jewgenij Poddubnyj und Anastasija Popowa ins Rampenlicht. Poddubnyj berichtet von einer Regierungsoffensive auf Palmyra, während Popowa die Bedrohung der »christlichen Zivilisation« in Syrien durch den sogenannten »Islamischen Staat« thematisiert. Poddubnyj moderiert zudem seit 2015 eine eigene Show auf »Rossija 24« (»Wojna«), in der immer wieder der Syrienkonflikt im Mittelpunkt steht. Westi Nedeli nimmt das Thema des »Kampfes gegen den Terrorismus« auf und hebt dabei die Rolle von russischen Staatsbürgern in den Reihen des sogenannten »Islamischen Staates« hervor. Wenn man den »treuen Alliierten« Syrien aufgeben würde, fragt Kiseljow rhetorisch, wäre das nicht gleichbedeutend damit, den »Terrorismus nach Russland einzuladen«? Die Sendung betont immer wieder die direkte Verbindung zwischen Terrorismus und Intervention. So berichten Westi Nedeli vom 22. November zunächst über neue Erkenntnisse zum Absturz des russischen Passagierflugzeugs in Ägypten, um dann – in einer langen und ausführlichen Waffenschau – die Operation »Vergeltung« (russ.: »Wosmesdije«) zu präsentieren. Das russische Fernsehen betont dabei immer wieder den Professionalismus der russischen Truppen. Der Abschuss eines russischen Kampfflugges durch die türkische Luftwaffe am 24. November löste in Russland Empörung aus. Staatsführung und Medien sprachen von einem »Schlag in den Rücken«. Westi Nedeli vom 29. November vergleichen den Beschuss der am Fallschirm hängenden Piloten gar mit dem Verhalten von »Hitlerfaschisten«. Die Sendung

beschuldigt die Türkei der Komplizenschaft mit dem Terrorismus und diskutiert die ökonomischen Folgen der zerrütteten russisch-türkischen Beziehungen.

Eine deutlich nuanciertere Berichterstattung findet in den russischen Printmedien statt, die sich schnell kritisch zum russischen Militäreinsatz positioniert haben. Julija Latynina schreibt in der »Nowaja Gaseta« vom 4. Oktober 2015: »Das ist nicht unser Land, nicht unser Krieg, nicht unser Territorium und [das sind] nicht unsere Regeln«. Die Zeitung »Wedomosti« vom 5. Oktober reagiert mit mehreren Kommentaren auf die russische Militärintervention. So bemerkt Grigorij Judin an, dass das syrische Regime zwar legal, aber nicht mehr legitim sei. Dieser Widerspruch zwischen Rechtmäßigkeit (russ.: »Sakonnost«) und Legitimität (»Legitimnost«) sei Voraussetzung für jede Revolution. Schließlich verweist die »Gazeta.ru« vom 12. Oktober auf die hohe Komplexität des syrischen Bürgerkriegs und betont, dass der Bürgerkrieg nicht einfach zwischen Regime und Terroristen stattfindet, sondern dass in Syrien mindestens fünf Konflikte parallel ablaufen würden, in die sich Russland nun einschalte. Der Autor betont, dass Luftangriffe allein nicht den sogenannten »Islamischen Staat« zerstören würden, sondern lediglich das Assad-Regime stabilisierten. Die Nowaja Gaseta liefert am 21. Oktober einen Hintergrundbericht über die Geschichte der Assad-Familie und betont, wie Syrien in der »allgemeinen russischen Wahrnehmung wenn nicht das führende, so doch das wichtigste Land der arabischen Welt« sei. Die ältere russische Generation würde Syrien mit »einer engen Freundschaft und dem gemeinsamen Widerstand gegen Imperialismus und Zionismus« verbinden. Andere arabische Länder hätten die Freundschaft mit Moskau unter verschiedenen Vorwänden aufgekündigt, doch Damaskus sei »zuverlässig« geblieben.

Während also die russischen Printmedien tendenziell differenziert kommentieren, teilen die meisten Mainstream-Medien eine scharfe Kritik am westlichen Vorgehen in Syrien. Zwar ist der Westen oft unentschlossen und inkonsistent aufgetreten, aber eine Komplizenschaft zwischen dem »Islamischen Staat« und den USA, wie Westi Nedeli argumentiert, erscheint zumindest weit hergeholt. Angesichts der Berichterstattung im russischen Fernsehen ist die Opposition zum Militäreinsatz in der Öffentlichkeit gering. Eine Anfang Januar von Walerij Ostawnych, Lew Ponomarjow und anderen Intellektuellen auf »change.org« lancierte Petition zur Beendigung der Intervention (»Wywesti wojska RF is Sirii«) erzielte beispielsweise bis Ende Januar nur rund 4.000 Unterschriften. Dennoch verdeutlicht die Rhetorik in den Medien, dass für Russland mehr auf dem Spiel steht als nur ein regionaler Partner. Der syrische Bürger-

krieg hat überregionale Bedeutung. Syrien ist zu einem Feld geworden, auf dem die Prinzipien der russischen Außenpolitik demonstriert werden, und auf dem sich die Beziehungen zum Westen gestalten lassen. Im russischen Syrien-Engagement verdichtet sich der Anspruch, nicht nur eine Regionalmacht sondern ein weltweit agierender und angesehener Akteur zu sein, der notfalls auch militärisch den Westen »einhegen« und ihm Einflusszonen streitig machen kann. Zu diesen vermeintlichen Prinzipien Russlands zählt das Verwerfen jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten und insbesondere jede Form von *regime change*. Dabei differenziert der Kreml nicht, ob dieser Wechsel von innen oder von außen kommt, sondern er scheint prinzipiell davon auszugehen, dass er vom Westen eingefädelt wird. Russland führt aber gerade durch den eigenen Militäreinsatz das Prinzip der Nichteinmischung ad absurdum. Freilich hielt Außenminister Sergej Lawrow im Gespräch mit der italienischen Presse am 9. Dezember 2015 die russische Einmischung im Gegensatz zu jener des Westens für legal und unterstrich, dass das Prinzip der internationalen Beziehungen, auf das Russland am meisten besteht, eben jenes der Legalität ist. Gemeint ist damit insbesondere die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats, in dem Moskau ein Vetorecht besitzt, oder zumindest das Einverständnis der betreffenden Regierung für allfällige Interventionen. Russland ist es schließlich gleichgültig, ob ein Regime demokratisch ist oder nicht, und es verkennt im syrischen Fall die legitimen Forderungen, welche die Opposition in der Frühphase der Proteste erhoben hat. Ebenfalls verkennt es, wie sich das syrische Regime durch exzessive Gewaltanwendung diskreditiert hat. Doch wenn aus russischer Perspektive der Westen einen dermaßen negativen Einfluss auf den Syrienkonflikt ausübt, was hat Russland geleistet?

Die diplomatische Front: den Westen belehren

Viele russische Beobachter teilen die Überzeugung, dass Russland eine besondere Rolle in Syrien spielen kann, sowohl aufgrund der historischen Verbindungen als auch aufgrund der gegenwärtigen Beziehungen, sowohl zum Regime als auch zur Opposition. Seit dem Ausbruch des Konflikts hat der Kreml Damaskus diplomatisch Rückendeckung gegeben. Russland und China haben insgesamt vier UN-Resolutionen gegen Syrien blockiert. Seit 2014 verstärkt Moskau seine diplomatischen Bemühungen. Außenminister Lawrow hatte zuvor mehrfach das westliche Vorgehen in Libyen und im Irak verurteilt. Nun müsse man den USA »beibringen«, verkündete er im Februar 2013 in der Talkshow »Sonntagabend mit Wladimir Solowjow« auf Rossija 1,

dass Probleme wie in Syrien nur auf »Basis von Gleichberechtigung, ausbalancierten Interessen und gegenseitigem Respekt« gelöst werden können. Russland sieht im syrischen Fall die Chance, eine Krise im Nahen Osten auf eine andere Art und Weise zu lösen, als der Westen es in Libyen und im Irak versucht hat, und es versucht dabei nicht nur vordergründig internationales Recht zu respektieren, sondern auch jenes eigene internationale Prestige aufzupolieren, das es zuvor im Zuge der Krim-Eingliederung verloren hatte.

Die russische Diplomatie agiert auf zwei Ebenen: Auf einer offiziellen, informellen Ebene verfolgt Russland das Ziel, möglichst viele Oppositionsgruppen mit einer möglichst konsolidierten Position mit dem Regime an einen Tisch zu bringen. Dazu wurden in Moskau im Laufe des Jahres 2015 drei »konsultative« Gesprächsrunden abgehalten, an denen verschiedene syrische Oppositionsvertreter teilnahmen. Moderiert wurden diese Konsultationen von Witalij Naumkin, dem Direktor des Orientinstitutes der Russischen Akademie der Wissenschaften. Diese Gespräche wurden oft dafür kritisiert, dass sie nur die »interne«, vom Regime tolerierte Opposition, berücksichtigten würden. Von den Golfstaaten und durch den Westen gestützte Oppositionsgruppen nahmen an den ersten beiden Gesprächsrunden nicht teil. Allerdings reiste im August Chaled Chodsha, der Präsident der Nationalen Koalition der Oppositions- und Revolutionskräfte Syriens nach Moskau. Diese Konsultationen mündeten im April in den allgemeinen und unverbindlichen »Punkten der »Moskauer-Plattform«« (»Moscow Platform Provisions«). Sie sehen unter anderem vor, dass die Krise in Syrien auf Grundlage des Genfer Communiqué vom Juni 2012 (»Genf 1«) beigelegt werden soll, betonen den Kampf gegen den Terrorismus, und fordern einen innersyrischen Versöhnungsprozess ohne äußere Einmischung.

Auf der offiziellen, formalen Ebene verfolgt Moskau das Ziel, eine breite »Anti-Terror-Koalition« gegen den sogenannten »Islamischen Staat« zu schmieden. Lawrow verglich eine solche Koalition gegen den »IS« mit der Koalition gegen Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Dieser Vergleich unterstreicht die Tragweite, die Russland dem Engagement in Syrien beimisst. Insbesondere ab Juni 2015 wurde Moskau zum Treffpunkt für syrische Oppositionelle und Regierungsvertreter aus der gesamten arabischen Welt. Lawrow selbst reiste mehrfach an den Golf. In Doha traf er Mitte August 2015 Vertreter der syrischen Nationalkoalition und konferierte mit seinen katarischen und US-amerikanischen Amtskollegen. Mehrfach kam er mit dem saudischen Außenminister Adel al-Dschubeir und seinem iranischen Amtskollegen Mohammad Dschawad Sarif zusammen. Lawrow traf im Herbst 2015 abermals

Vertreter der syrischen Opposition und beriet sich mit Repräsentanten der Nationalkoalition sowie des Syrischen Nationalen Koordinations-Komitees.

Derweil bemühte sich Wladimir Putin um eine Koordination mit arabischen Staatsoberhäuptern. Im August und September traf er den ägyptischen Präsidenten, den Kronprinzen von Abu-Dhabi, den türkischen Staatschef, den saudischen Verteidigungsminister, den israelischen Premier Benjamin Netanjahu – der mit höchsten Militär- und Geheimdienst-Vertretern anreiste – sowie den katarischen Emir. Schließlich gelang Putin ein Coup, indem er am 20. Oktober den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad in Moskau empfing. Dies war das erste Treffen der beiden Staatsoberhäupter seit 2007. Obwohl der Kreml immer wieder betont, dass er nicht an Assad persönlich festhalte, bedeutete diese Zusammenkunft eine deutliche Aufwertung des syrischen Präsidenten als akzeptablen Verhandlungspartner. Nach dem Treffen telefonierte Putin mit den Staatsoberhäuptern Ägyptens, der Türkei, Saudi-Arabiens und Jordaniens, um sie über die Ergebnisse des Treffens in Kenntnis zu setzen. Ein weiterer Gast in Moskau war Ende Juli Kasem Soleimani, General der iranischen Al-Quds Brigaden, einer Eliteeinheit der Revolutionsgarden, was darauf hindeutet, dass Russland schon frühzeitig die Möglichkeiten einer mit dem Iran koordinierten militärischen Aktion sondierte, zumal von Teheran logistische Unterstützung (z. B. Überflugrechte) benötigt wurde. Dank russischer Vermittlung kam es Anfang August auch zu einer außerordentlichen wie ergebnislosen Begegnung zwischen Vertretern des syrischen und des saudischen Sicherheitsapparats in Dschidda: Die Syrer forderten ein Ende der saudischen Finanzierung der Rebellen, die Saudis im Gegenzug den Abzug *aller* ausländischer Truppen, inklusive der für Damaskus essentiellen Hisbollah-Milizen.

Die bemerkenswertesten Verhandlungen fanden Ende 2015 in Wien statt, und stellten für die russische Diplomatie einen beachtlichen Erfolg dar. Mitte Oktober trafen sich zunächst die Außenminister Saudi-Arabiens, der Türkei, Russlands und der USA, Ende des Monats dann die Außenminister von insgesamt 17 Staaten, darunter des Iran und Ägyptens, auf deren Teilnahme Moskau besonders gedrängt hatte. Am 14. November schließlich einigten sich diese Staaten auf eine Übergangsphase von 18 Monaten und definierten vorläufig, mit welchen Oppositionsgruppen verhandelt werden könne und mit welchen nicht. Unklar bleibt das Schicksal Assads, was aber exakt der Linie entspricht, die Russland die ganze Zeit vertreten hat: Sein Ausscheiden aus dem Amt könne nicht Vorbedingung für Verhandlungen sein. Die Wiener Beratungen bereiteten den Boden für die Ende Januar begonnenen Gespräche in Genf.

Die militärische Front: den Iran verdrängen

Zwischen September 2015 und Januar 2016 flog die russische Luftwaffe über 6.000 Einsätze in Syrien und brachte allein auf dem Luftweg 14.000 Tonnen Material in das Land. Dieses militärische Engagement muss vor dem Hintergrund der diplomatischen Aktivitäten gesehen werden.

Es ist eine Ergänzung der Diplomatie und hat die diplomatischen Bemühungen weiter beschleunigt. Erstens vermochte es eine, wenn auch sehr lose, de-facto Allianz gegen dem sogenannten »Islamischen Staat« zu gründen: Russland koordiniert seine Luftschläge mit Damaskus und steht darüber im Austausch mit den USA, mit Israel, mit dem Irak, und mit Jordanien. Es unterhält Koordinationszentren in Bagdad und Amman. Nach den Attentaten von Paris wurde auch mit Frankreich eine engere Kooperation angestrebt. Zweitens hat Russland durch den Militäreinsatz seine Position als zentraler Akteur im Konflikt weiter zementiert, sowohl gegenüber dem Regime in Damaskus und dem Iran, als auch international. Eine Lösung des Konflikts ohne Russland ist völlig undenkbar geworden. Wie auch immer diese Lösung aussehen wird, ist Russland nun mit einem weiteren Stützpunkt in Syrien vertreten, für den es zeitlich unbegrenzte Nutzungsrechte aushandeln konnte. Drittens hält der Kreml durch sein militärisches Engagement ein weiteres Druckmittel gegenüber dem Assad-Regime in der Hand, hängt dessen Überleben nun umso mehr von der militärischen und nicht mehr nur diplomatischen Unterstützung Moskaus ab – und etwas weniger vom Iran.

Andererseits untergräbt Russland aber die eigenen diplomatischen Bemühungen. Moskau ist zur aktiven Kriegspartei geworden, was die Position als neutraler Ansprechpartner erschwert und die Beziehungen zu Ankara und zu den Golfstaaten belastet. Die russischen Sanktionen gegen die Türkei nach dem Abschuss des russischen Kampfflotts sowie Moskaus Flirt mit der kurdischen »Partei der Demokratischen Union« (»Partiya Yekitiya Demokrat« – PYD) tun ihr Übriges, um Ankara gegen Moskau aufzubringen. Saudi-Arabien hat derweil mit der Organisation eines Oppositions-Treffens im Januar 2016 und der Gründung des »Hohen Verhandlungs-Komitees« seinen Anspruch auf eine führende Rolle als Vermittler unterstrichen.

Ausblick

Russlands Wahrnehmung des syrischen Bürgerkrieges ist weitgehend unverändert. Sie bleibt ganz dem Narrativ eines »Krieges gegen den Terror« treu. Betont wird weiterhin der negative Einfluss des Westens im Nahen Osten – eine Einschätzung, die seit sowjetischen Zeiten Tradition hat. Die russische Berichterstattung zeigt,

dass es dem Kreml in Syrien um weit mehr geht als um Syrien selbst, nämlich um das Ansehen Russlands in der Welt. Es geht auch darum zu zeigen, dass Russland nicht, wie Barack Obama suggerierte, eine Regionalmacht sei, sondern weltweiten Einfluss habe. Syrien ist zu einem weiteren Spielfeld geworden, auf dem die Machtbeziehungen zum Westen verhandelt und gestaltet werden können. In Syrien, dem traditionell, seit Mitte der 1970er Jahre engsten Partner Moskaus im Nahen Osten, kann Russland Prestige wiedergewinnen und seine außenpolitischen Prinzipien verdeutlichen.

Das Ziel der russischen Diplomatie ist ein Doppelpaket: Zum einen geht es darum, eine internationale Koalition gegen den »IS« zu schmieden, zum anderen darum, die Opposition zu eisen. So lässt sich auch die gebetsmühlenartige Wiederholung des Antiterror-Narrativs erklären. Damit versucht der Kreml, den politischen Raum in ein pro- und ein anti-»IS«-Lager zu unterteilen. Diese Teilung könnte aus Moskaus Sicht, die Trennung in ein Pro- und ein Anti-Assad Lager überwinden. Letztlich läuft dies auf eine Stabilisierung des Regimes in Damaskus hinaus und auf eine Aufwertung des russischen Einflusses im Nahen Osten. Dabei erkennt die russische Strategie zwar, dass Staat und Regime in Syrien so eng verflochten sind, dass zumindest vorläufig eine Stabilisierung des Staates schwerlich ohne eine Stabilisierung des Regimes zu haben ist, übersieht aber, dass auch Regime und Terrorismus eng verwoben sind, und das bestehende Regime somit kaum jemals landesweite Legitimität zurückgewinnen wird.

Auch international ist diese Strategie nicht ohne Tücken: Saudi-Arabien wird angesichts der russischen Kooperation mit dem Erzrivalen Iran, den Moskauer Bemühungen gegenüber höchst skeptisch bleiben. So haben denn auch Riad und Ankara die russischen Pläne durchkreuzt, eine einheitliche Oppositionsfront zu bilden: Riad hat Ende Januar eine separate syrische Delegation nach Genf geschickt, während Ankara die Teilnahme der kurdischen PYD verhindern konnte. Währenddessen genießt die »interne«, von Moskau favorisierte syrische Opposition wenig internationales Ansehen.

Über den Autor

Dr. Philipp Casula ist Stipendiat des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaften (SNF). Er erforscht zurzeit die sowjetischen Beziehungen zum Nahen Osten.

Lesetipps

- Naumkin, Vitaly: Despite airstrikes, is Russia still working toward political solution in Syria?, Al-Monitor, <<http://www.al-monitor.com/pulse/en/originals/2015/10/russia-syria-politics-isis-nusra-jihadist-saudi-arabia.html>>.
- Khaddour, Khedder: Shielded by the State: Assad's monopoly over Syria's public institutions; <<http://carnegieendowment.org/syriaincrisis/?fa=61027>>.

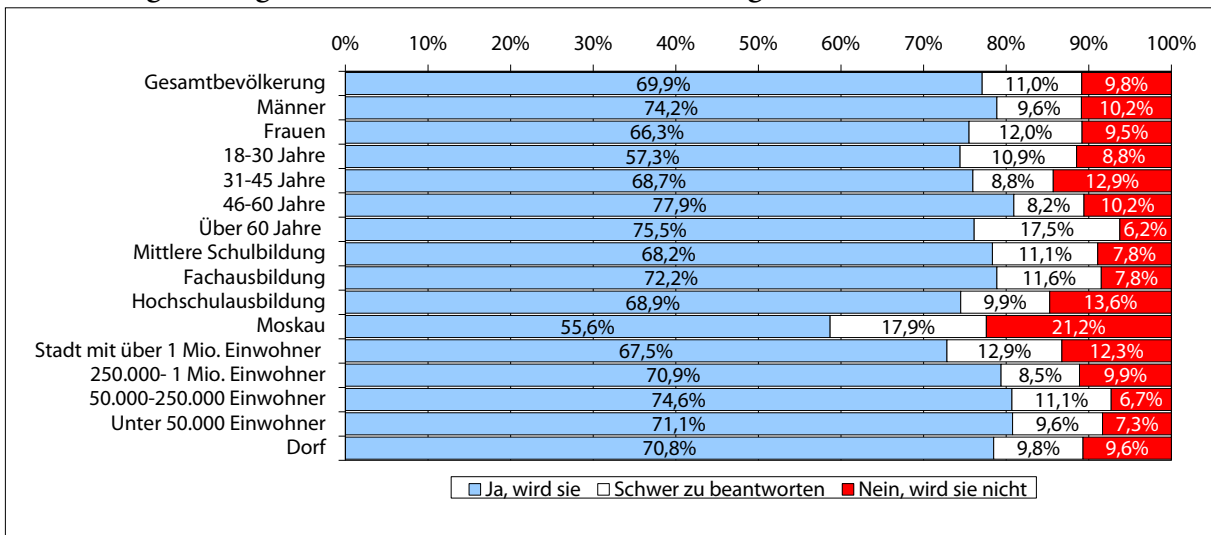
Russlands militärisches Vorgehen mit dem zentralen Motiv des Anti-Terror-Kampfes könnte zu einer sich selbst-erfüllenden Prophezeiung werden, die den Konflikt weiter polarisiert, aber eine politische Lösung erschwert. Russland hat den Unmut vieler Oppositionskräfte auf sich gezogen. Diese könnten sich nun stärkeren und radikaleren Gruppen anschließen. Auch das moralisch und militärisch durch Moskau gestärkte Regime könnte zunehmend weniger gewillt sein, der Opposition Zugeständnisse zu machen: warum verhandeln, wenn man zumindest eine Chance auf Machterhalt hat? Schon Witalij Naumkin beklagte »Assads Unnachgiebigkeit bezüglich der Verhandlungen mit der Opposition«. Der Militäreinsatz scheint jedoch die diplomatischen Bemühungen zunächst eher beflügelt als behindert zu haben. Das russische Verteidigungsministerium behauptet zudem, nicht nur dem Regime, sondern auch insgesamt elf Oppositionsgruppen Luftunterstützung zu gewähren. Doch so lange Russland scheinbar alle Gruppierungen ins Fadenkreuz nimmt, die das Regime – insbesondere in den strategischen Kernregionen – bedrohen, wird die de facto Koalition labil bleiben und das Vertrauen in Moskaus Absichten weiter beschädigt.

Schließlich hat Russland der eigenen Maxime der Nichteinmischung offensichtlich denn je zuwidergehandelt. Auf der Suche nach internationaler Anerkennung nutzt Russland nun auch militärische Mittel, droht damit aber mehr Prestige zu verlieren als zu gewinnen, zumindest international. Innenpolitisch versucht der Kreml hingegen zu beweisen, dass Russland wieder eine Militärmacht mit weltweiter Strahlkraft ist. Der Syrienkonflikt lenkt trefflich von dem zunehmend eingefrorenen Konflikt in der Ukraine und den Folgen westlicher Sanktionen ab. Gleichzeitig spiegelt die Berichterstattung aus der Ukraine jene aus Syrien: In beiden Fällen spielt der Westen die Rolle des Verschwörers, der ganze Länder ins Chaos stürzt. Zumindest in den russischen Medien folgt der Blick auf den Bürgerkrieg in Syrien gewohnten Schwarz-Weiß-Mustern, die das russische Engagement im Nahen Osten als Einhegung des Westens und des Terrorismus zu legitimieren versuchen.

UMFRAGE

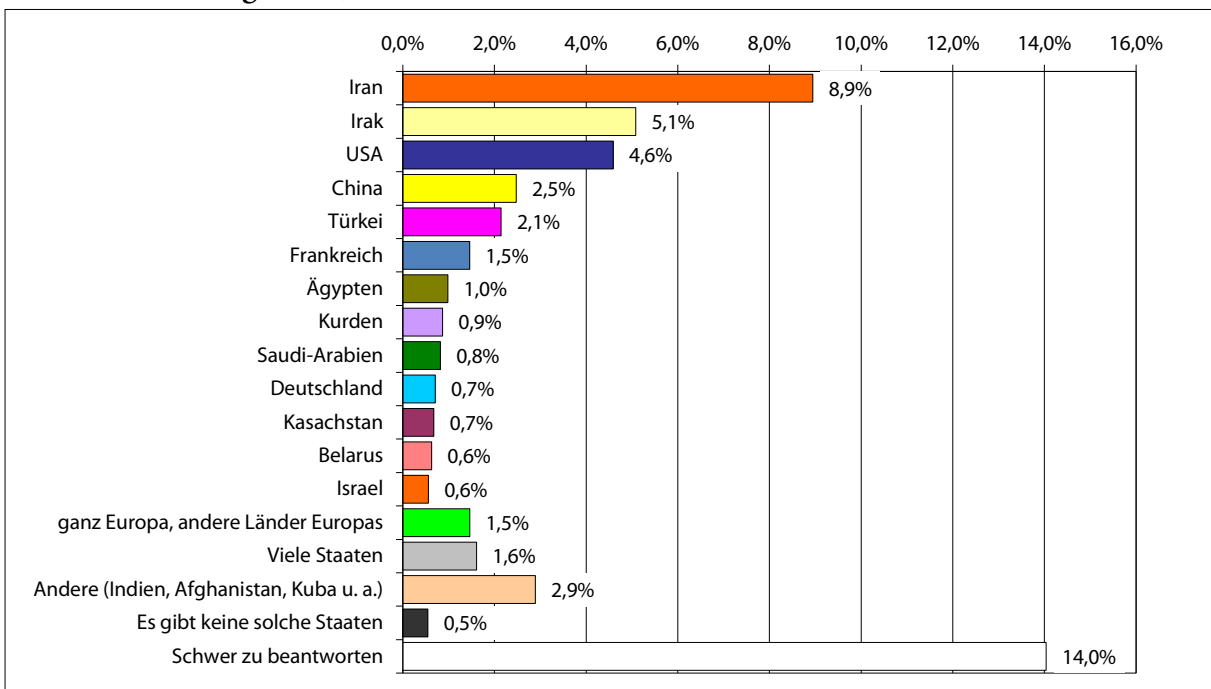
Der russische Militäreinsatz in Syrien

Grafik 1: Was denken Sie, wird die russische Militäroperation in Syrien letztlich zu einer Regulierung des Konflikts und zu einer Befriedung führen?



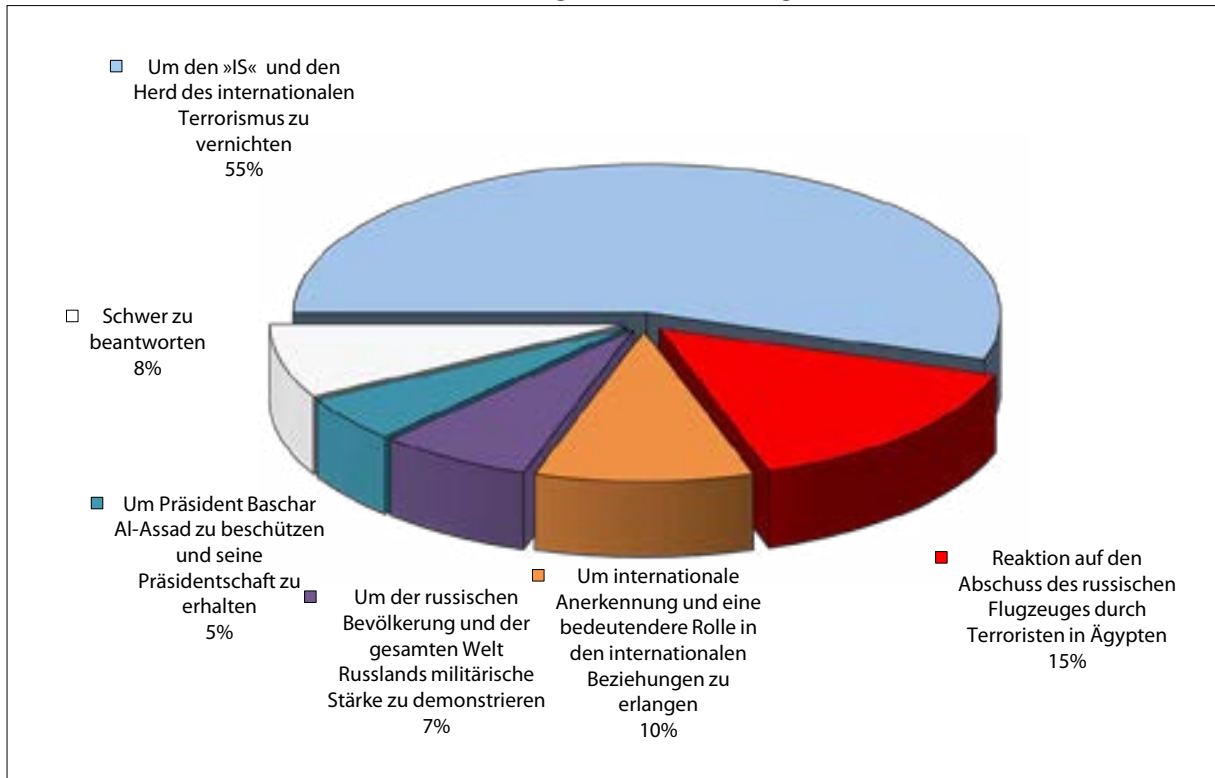
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM im Zeitraum vom 31. Oktober – 1. November 2015; N = 1000; <<http://fom.ru/Mir/12397>>, 19. November 2015

Grafik 2: Welche Staaten sind Verbündete Russlands im militärischen Einsatz auf syrischem Territorium? (Frage an diejenigen, die bei anderen Fragen angaben, dass Russland Verbündete beim Kampf in Syrien habe; 36 % gaben andere Verbündete als das syrische Regime an)



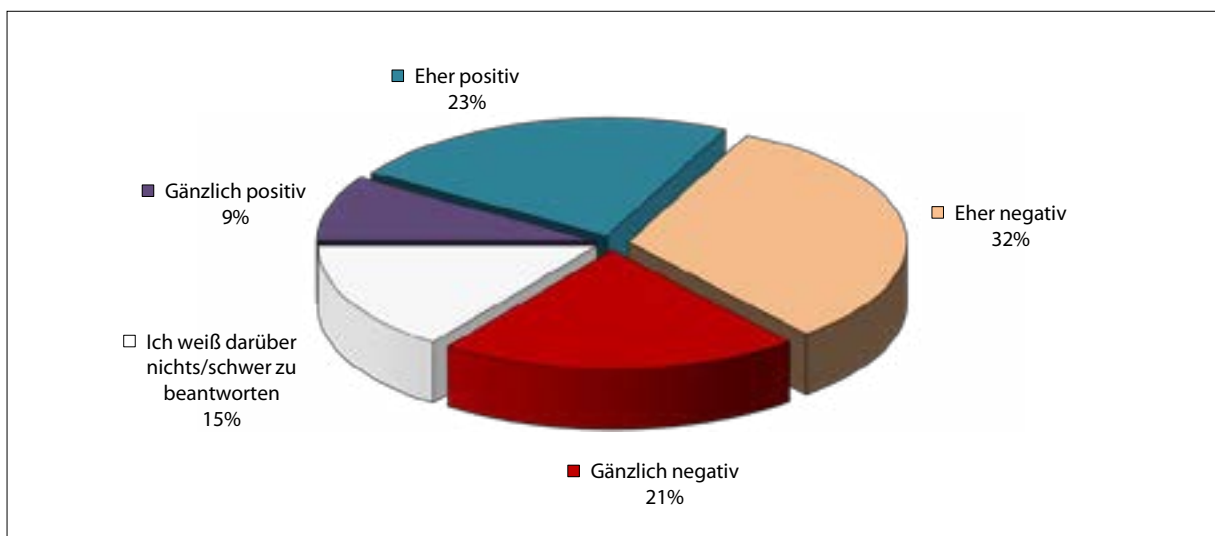
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM im Zeitraum vom 31. Oktober – 1. November 2015; N = 1000; <<http://fom.ru/Mir/12396>>, 19. November 2015

Grafik 3: In der letzten Zeit hat Russland die Bombardements in Syrien verstärkt. Was denken Sie, mit welchem Ziel wird dies getan, wovon hängt es ab?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 20.–23. November 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/02/vojna-v-sirii-terakty-bezhentsy-uchastie-rossii/>>, 2. Dezember 2015

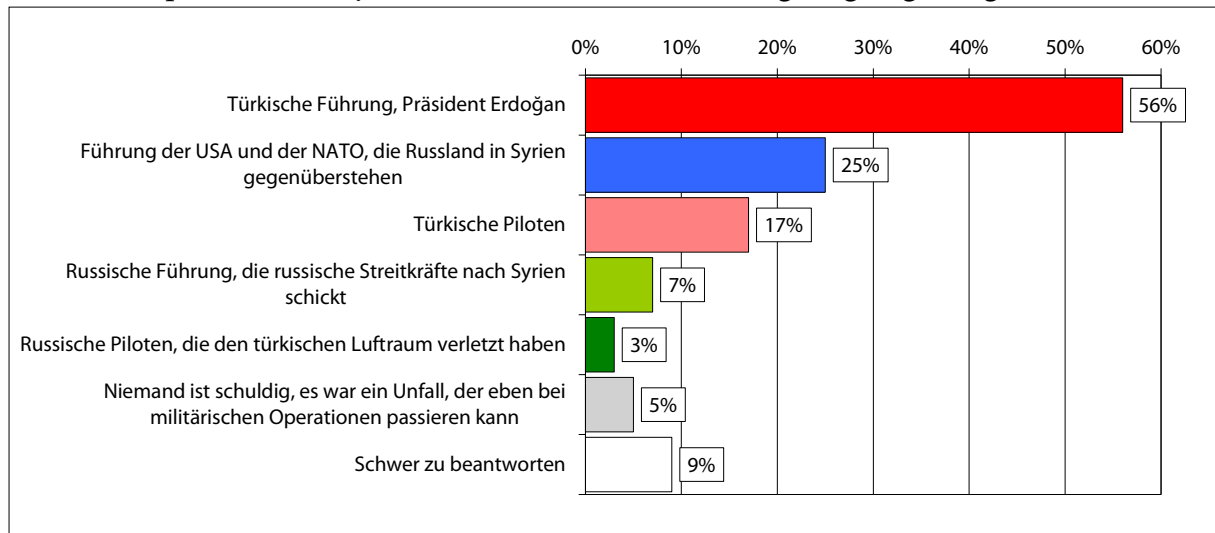
Grafik 4: Wie würden Sie sich zum Plan eines Einsatzes russischer Bodentruppen in Syrien verhalten?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 20.–23. November 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/02/vojna-v-sirii-terakty-bezhentsy-uchastie-rossii/>>, 2. Dezember 2015

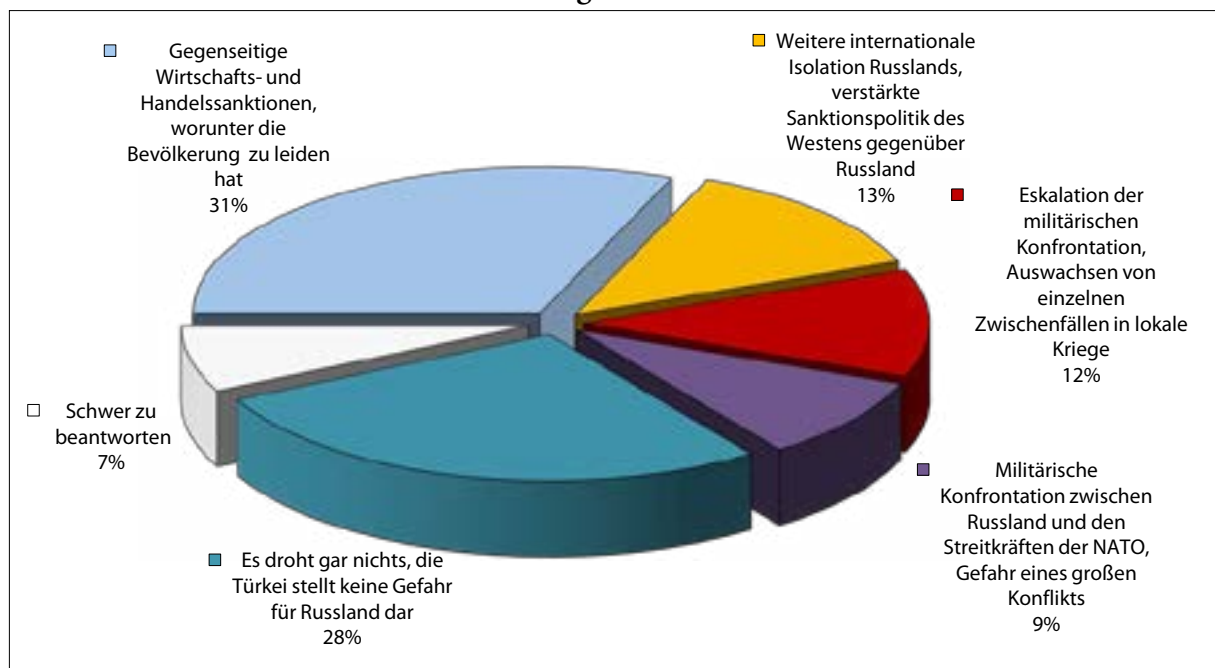
Der Abschuss des russischen Jagdbombers und die russisch-türkischen Beziehungen

Grafik 5: Wer ist, Ihrer Meinung nach schuld daran, dass das russische Flugzeug, das an Luftoperationen in Syrien teilnahm, von türkischen Jagdflugzeugen abgeschossen wurde?



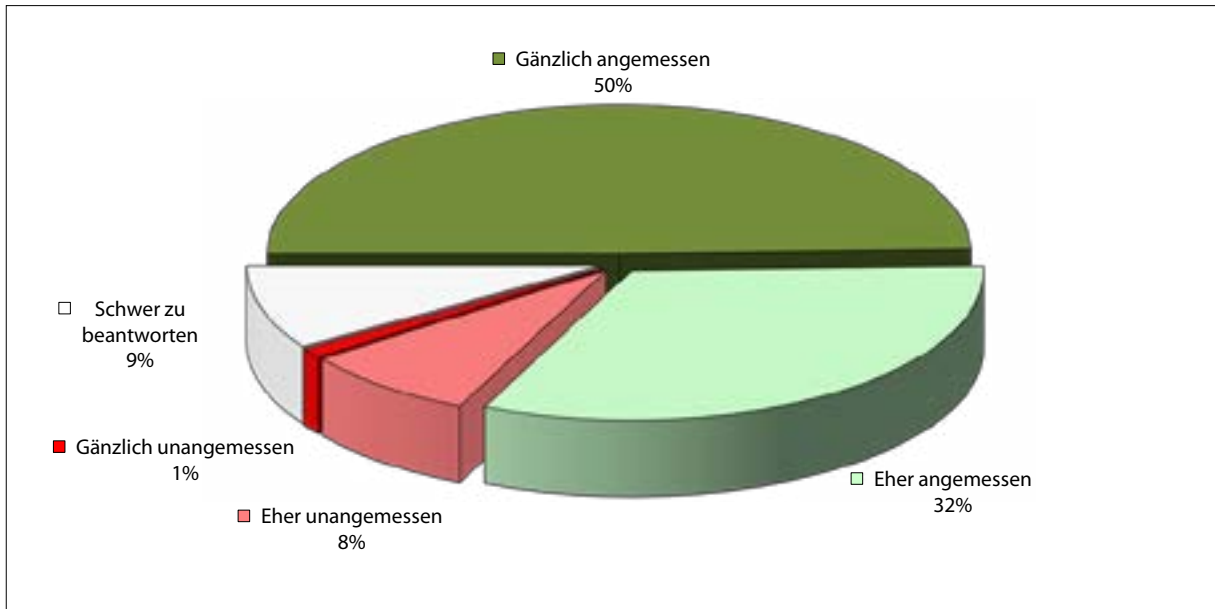
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. Dezember 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/25/rossiyane-ob-atake-turetskih-vs/>>, 25. Dezember 2015

Grafik 6: Was droht Russland durch den Beginn der Konfrontation mit der Türkei?



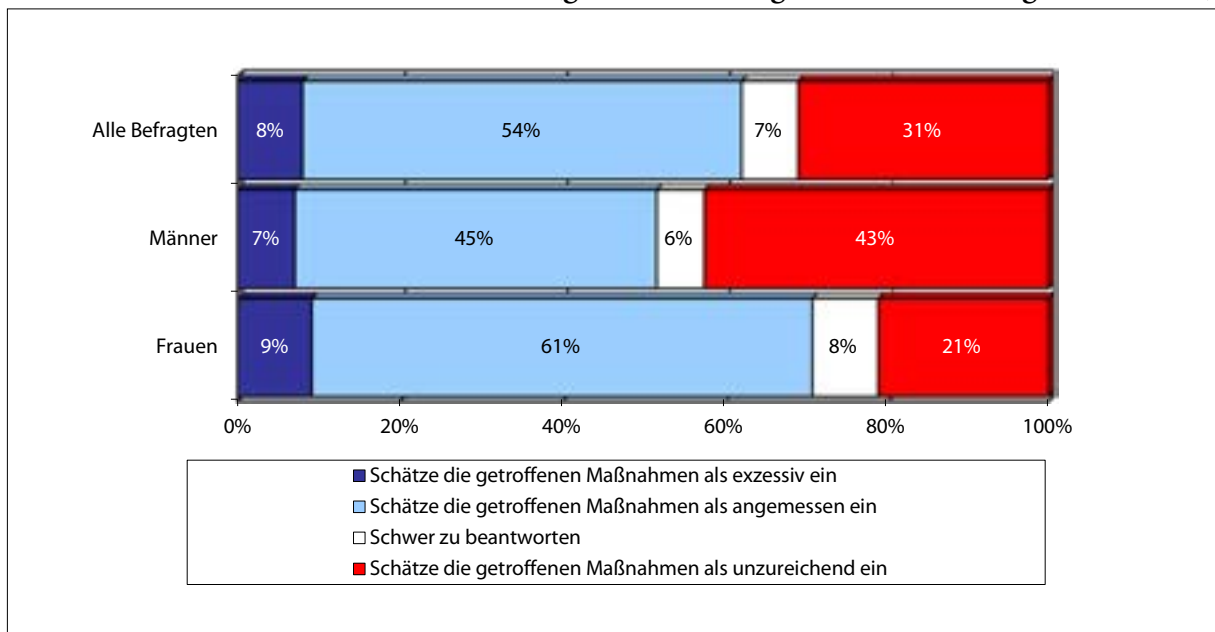
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. Dezember 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/25/rossiyane-ob-atake-turetskih-vs/>>, 25. Dezember 2015

Grafik 7: Finden Sie persönlich, dass die Vergeltungsmaßnahmen in Reaktion auf das von den Türken abgeschossene Flugzeug angemessen sind?



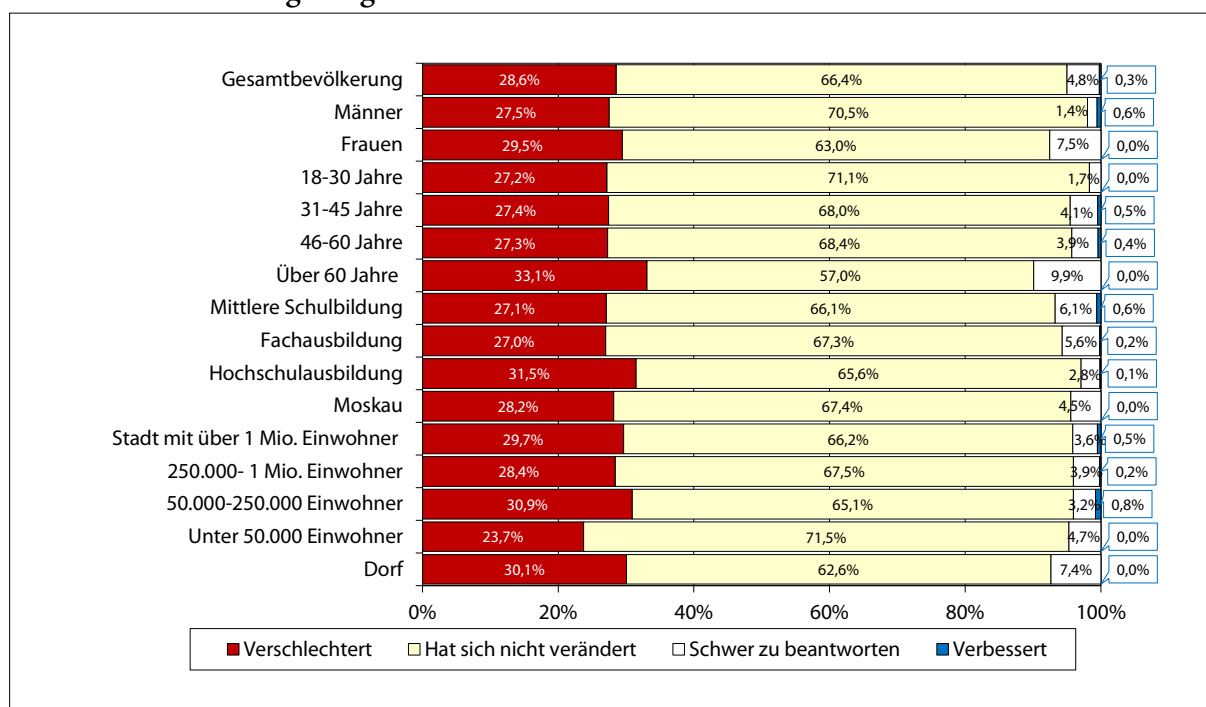
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. Dezember 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/25/rossiyane-ob-atake-turetskih-vs/>>, 25. Dezember 2015

Grafik 8: Wie schätzen Sie die Reaktion Russlands auf den Abschuss der russischen Militärmaschine durch die Türkei ein? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit, in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 5.–6. Dezember 2015; N = 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115518>>, 17. Dezember 2015

Grafik 9: Hat sich Ihr Verhältnis zu den Türken in der letzten Zeit verbessert, verschlechtert oder ist es gleichgeblieben?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM im Zeitraum vom 12.–13. Dezember 2015; N = 1000; <<http://fom.ru/Mir/12452>>, 26. Dezember 2015

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Ist Kadyrow ein »Patriot« oder eine »Schande« für Russland?

»Kadyrow ist eine Schande für Russland« und »Kadyrow ist ein Patriot Russlands«. Das ist keine kognitive Dissonanz der russischen Öffentlichkeit, sondern das sind die Slogans von zwei verschiedenen »Online-Demos«, die im Januar im russischen Netz stattfanden und einen Teil des umfangreichen Schlagabtauschs zwischen den Anhängern und Kritikern des tschetschenischen Präsidenten darstellten. Auslöser der ersten Aktion im Netz waren heftige Äußerungen von Ramsan Kadyrow gegenüber Kritikern in unabhängigen Medien und der demokratischen Opposition. Diese Leute solle man als Volksfeinde, als Heimatverräter bezeichnen, nichts sei ihnen heilig, sagte der Chef der nordkaukasischen Republik auf einer Pressekonferenz am 12. Januar in Grosnyj. Die russische Menschenrechtsbeauftragte Ella Panfilowa kritisierte die diffamierenden Aussagen des tschetschenischen Machthabers und der Menschenrechtsrat beim Präsidenten schloss juristische Folgen der Äußerungen Kadyrows nicht aus. Auch tauchte auf Facebook eine Videobotschaft eines unbekanntenen Kommunalpolitikers aus dem sibirischen Krasnojarsk auf, der dem tschetschenischen Machthaber Erschleichung eines wissenschaftlichen Titels und Unterschlagung vorwarf und ihn als »Schande für Russland« bezeichnete. Einen Tag später erschien auf Kadyrows offizieller Instagram-Seite ein neues Video mit einer Entschuldigung des sibirischen Abgeordneten, die er offenbar unter Druck abgegeben hatte. Viele Internet-Nutzer ließen sich trotz Einschüchterungsversuchen und Drohungen jedoch nicht von einer Kritik am tschetschenischen Machthaber abhalten und befeuerten mit neuen Posts und Videos die Aktion »Kadyrow ist eine Schande für Russland«. Es meldeten sich u. a. der Jurist der »Stiftung für Korruptionsbekämpfung«, Iwan Schdanow, und der Oppositionelle Ilja Jaschin zu Wort. Als Gegenreaktion fand im Netz ein weiterer »Online-Protest« unter dem Motto »Kadyrow ist ein Patriot Russlands« statt, an dem sich nicht nur

Bürger aus Tschetschenien, sondern auch einige russische Künstler beteiligten, die mit Kadyrow befreundet sind oder oft in der nordkaukasischen Republik mit Konzerten auftreten. Parallel wurden zahlreiche Beiträge tschetschenischer Politiker veröffentlicht, die einen härteren Ton gegenüber den Kadyrow-Kritikern anschlügen und in denen bereits einige Namen von »Volksfeinden« auftauchten. Am 18. Januar wiederholte Kadyrow mit äußerst scharfen Worten seine Thesen und drohte den »Schakalen« in einem Gastbeitrag für die Tageszeitung »Iswestija« mit Strafen und psychiatrisch-klinischer Behandlung. Am 22. Januar fand in Grosnyj eine große Kundgebung zur Unterstützung des tschetschenischen Republikchefs statt, die offenbar von der Regionalregierung organisiert wurde. Im Vorfeld tauchten Kopien von Anweisungen an Mitarbeiter von Behörden und staatlichen Unternehmen zur obligatorischen Teilnahme an der Veranstaltung auf. Während der Demonstration verkündete der Dumaabgeordnete Adam Delimchanow von der Tribüne, alle Kritiker Kadyrows und Putins würden »nach dem Gesetz« und auch »nicht nach dem Gesetz« zur Verantwortung gezogen.

Der Kreml reagierte auf die Kampfansage des tschetschenischen Republikchefs an die Opposition zurückhaltend. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, wollte in den Worten Kadyrows keine Volksverhetzung sehen und rief die Öffentlichkeit dazu auf, kein Öl ins Feuer zu gießen. Der Duma-Präsident Sergej Naryschkin bezeichnete in einem Kommentar für Interfax den Konflikt als »unangenehm«, rief alle Beteiligten zum Dialog auf und nannte dabei das russische Parlament als Vorbild für einen Dialog zwischen den unterschiedlichsten politischen Kräften. Wladimir Putin kommentierte die Debatte nicht, äußerte aber auf einer Pressekonferenz Lob für den tschetschenischen Republikführer: dieser arbeite effektiv. Der Chef der Präsidentialadministration Sergej Iwanow ermunterte Kadyrow im Kampf gegen die Kritiker und erklärte, die Aktivitäten von Kadyrow würden im Kreml keine Fragen aufwerfen.

Die Debatte um das streng autoritäre Regime in Tschetschenien und das besondere Verhältnis zwischen Ramsan Kadyrow und Wladimir Putin ist nicht neu. Seit Jahren kritisieren Menschenrechtler den tschetschenischen Republikchef für gravierende Menschenrechtsverletzungen, Folter und Entführungen in der nordkaukasischen Republik. Der liberale Politiker Leonid Gosman relativierte die Debatte und wies darauf hin, dass in Tschetschenien zwar eine Diktatur herrsche, es aber nach zwei Kriegen zumindest nur einen Klan gebe, der die Region mit Maschinenpistolen regiere.

Die prominente Fernsehmoderatorin Ksenija Sobtschak und die investigative Journalistin Jelena Milaschina von der »Nowaja Gaset« bewerteten die Debatte sowie den neuen aggressiven Ton tschetschenischer Staatsmänner anders. Sobtschak schreibt, Kadyrow lege großen Wert auf PR, u. a. sende er via Instagram Botschaften an Putin, der wegen des Mordes an Boris Nemzow vor einem Jahr sehr wütend auf Kadyrow sei. Milaschina weist im Kontext der Geschichte mit dem sibirischen Abgeordneten darauf hin, dass die Machthaber in Tschetschenien einen neuen, nicht legalen Weg zur Einschüchterung der Regimekritiker entdeckt haben, nämlich die sozialen Netzwerke.

Kadyrow: »Die Schakale werden gemäß dem Gesetz der Russischen Föderation bestraft«

»Meine Rhetorik gegenüber denjenigen, die zum Sturz der staatlichen Ordnung und einer Änderung der russischen territorialen Grenzen aufrufen, ist unverändert. Sowohl im Jahr 2010, wie auch 2011, wie auch 2012 habe ich Russland-Hasser Verräter und Volksfeinde genannt. Dass dies jemandem jetzt neu erscheint, hat mich wirklich verwundert. Meine Erklärung, dass die Prediger von Revolution und Massengewalt mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden müssen, hat bei der außersystemischen Opposition Panikattacken ausgelöst. Das war, ist und bleibt meine Meinung – meine Einstellung ist unverändert. [...]

Die sogenannte außersystemische Opposition ist derart dreist geworden, dass sie landesweite Medien für die Durchsetzung ihrer Ideen zur Zerstörung des russischen Staates nutzt. »Echo Moskwy«, »Doschd«, RBK und andere senden gern ihre leeren, heuchlerischen, von tiefem Hass gegen Russland triefenden Statements. [...]

Diejenigen, die zum Dialog mit den Schakalen aufrufen und von einem Zerfall unseres Staates träumen, werden sich von dem Gestank einer feigen Hündin nicht freiwaschen können. Als Patriot, als Fußsoldat des russischen Präsidenten Wladimir Putin, werde ich mit den Mördern und Verrätern meines Landes niemals kokettieren. Ein vernünftiger Mensch mit Selbstachtung wird wohl kaum einen Dialog mit denen führen, die es für amoralisch halten, sein Vaterland zu lieben und ihm treu zu dienen.

Bei uns gibt es das Dorf Braguny, in dem sich ein sehr gutes psychiatrisches Krankenhaus befindet. Die brodelnde Reaktion der außersystemischen Opposition und ihrer Sympathisanten kann man als Massenpsychose einstufen. Ich kann ihnen dabei helfen, mit diesem klinischen Problem zurechtzukommen und verspreche, dass wir bei den Injektionen nicht sparen werden. Wo nur eine Spritze verschrieben wurde, können gleich zwei gegeben werden. [...]

Wenn diese Hunde Verteidiger in unserem Land haben, so ist der wichtigste Schützer des russischen Volks Wladimir Putin, der Präsident unseres Landes, und ich bin bereit, seine Befehle auszuführen, wie schwierig sie auch sein mögen. [...]

Wenn wir den Feind nicht schonen, werden wir Russland bewahren.«

Ramsan Kadyrow am 18. Januar 2016 auf izvestia.ru; <<http://izvestia.ru/news/601935>>

Schdanow: Patriot bin ich. Kadyrow ist ein Feind Russlands

»Mein Vater hat in Tschetschenien gekämpft. Ich bin stolz darauf. Er hat gegen Kadyrow den Älteren und dessen Bande gekämpft. Warum soll ich nun vor irgendeinem Kadyrow dem Jüngeren Angst haben? Ich bin Patriot. Feinde Russlands – das sind Kadyrow und seine Bande, er ist ein Schmarotzer in der eitrigen korrupten Wunde Russlands. Dieser Mensch hat die Sicherheit russischer Bürger bedroht (falls sich jemand nicht erinnern sollte: »Ich erkläre offiziell: Wenn ohne eure Kenntnis irgendjemand – egal, ob ein Moskauer oder einer aus Stawropol – auf eurem Gebiet auftaucht, schießt scharf! Man soll mit uns rechnen müssen. Wir sind auch nicht berechtigt, in das Gebiet Inguschetiens zu fahren und dort gegen Extremisten und Terroristen Maßnahmen zu ergreifen. Wenn ihr Herren eures Gebietes seid, müsst ihr es kontrollieren«). Wegen dieser und anderer Verbrechen muss Kadyrow vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden.«
Iwan Schdanow am 15. Januar 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/zhdanovivan/posts/866895836762066>>

Gosman: Man bräuchte einen erneuten Krieg, um in Tschetschenien die Verfassungsordnung wiederherzustellen

»[...] Die Macht Kadyrows basiert längst nicht nur auf Gewalt: Sein Vater und dann er selbst konnten eine gewisse Ordnung herstellen. Eine Ordnung, die von einer zivilisierten weit entfernt ist, eine brutale, blutige, aber eine Ordnung. Die Kadyrows kamen nach unserem Flächenbombardement ans Ruder, nach Säuberungen durch föderale Sicherheitskräfte und dem *failed state* von Maschadow. Wir schauen mit Schrecken und Empörung auf das heutige Tschetschenien; man darf aber nicht vergessen, dass die Macht unter Maschadow denjenigen gehörte, die eine Maschinenpistole hatten, und sie reichte nicht weiter als die Schussweite dieser Maschinenpistole. Man konnte mit einem Banditen abrechnen, aber dann kam morgen ein anderer. Als der Sohn eines Bekannten, einer hochrangigen tschetschenischen Person, gekidnappt und ein Lösegeld gefordert wurde, das selbst er nicht zahlen konnte, musste er einen Trupp aus 40 Verwandten aufstellen, und dieser Trupp hat ein halbes Jahr in den Bergen nach dem Jungen gesucht. Wenn ich das richtig verstanden habe, vielleicht täusche ich mich, aber als sie ihn gefunden haben, ist von den Kidnappern niemand am Leben geblieben. Der Trupp verlor drei Kämpfer; mein Bekannter versorgt nun ihre Familien. Und das am Ende des 20. Jahrhunderts! Was dort die Obersten Budanows aller Art angerichtet haben, ist bekannt.¹ Natürlich haben sich längst nicht alle unserer [Einheiten] so verhalten, nicht mal als Antwort auf Gräueltaten von der anderen Seite, denn die gab es ja auch.

Als die Kadyrows fest im Sattel saßen, verschwanden die konkurrierenden Banden, mitsamt der Checkpoints der föderalen Streitkräfte. Gezahlt wird nur noch an eine Adresse. Nur Kadyrows Leute laufen heute mit Waffen herum. Wenn du nicht gegen das Regime auftrittst und so viel abgibst, wie es sich gehört, rührt man dich nicht an. Im April 2008 fuhr ich über tschetschenische Dörfer und sah selbst, wie Menschen in ihren Häusern Fenster einsetzten: sie wussten, dass die Fenster nachts nicht mehr beschossen werden. Es ist nicht die Schweiz, aber auch nicht mehr die Hölle, die es dort früher gab. Ja, dort herrscht Diktatur. Dort herrscht weiß der Teufel was. Aber es ist nicht so, dass die Mehrheit der Tschetschenen nicht will, dass man sie von dieser Diktatur befreit. Sie zu verurteilen hat nur derjenige das Recht, der das Gleiche miterlebt hat wie sie. [...]

Vielleicht lässt sich erreichen, dass die Verfassung auf dem Territorium Tschetscheniens beachtet wird. Dafür bräuchte es noch einen, einen dritten Krieg. Allein der Gedanke ist schrecklich. [...]

Leonid Gosman am 28. Januar 2016 auf »Echo Moskwy«; <http://echo.msk.ru/blog/leonid_gozman/1702498-echo>

Jaschin: Der Präsident ist schwach

»Zunächst ermorden tschetschenische Banditen Nemtsov in Moskau. Dann droht Kadyrow öffentlich, auf russische Sicherheitskräfte, die ohne seine Erlaubnis in Tschetschenien agieren, scharf zu schießen. Schließlich verkünden Offizielle in Grosnyj »Listen der Feinde«, mit denen man »nach dem Gesetz« und »nicht nach dem Gesetz« abrechnen wolle.

Was soll in solch einer Situation der Präsident Russlands tun? Seine unmittelbare Verpflichtung ist die Wiederherstellung der Verfassungsordnung auf dem Gebiet Tschetscheniens. Keiner der regionalen Führer hat das Recht, sich so zu benehmen, weil das im Grunde eine Kampfansage an den russischen Staat ist.

Statt die Ordnung wiederherzustellen, spricht Putin Kadyrow heute öffentlich seinen »Dank« aus, für die »effektive Arbeit«. Nennen wir die Dinge beim Namen: In Russland gibt es einen schwachen Präsidenten, der offenbar Angst vor den Banditen hat, die in Tschetschenien legalisiert wurden. Putin ist nicht bereit, von ihnen eine Einhaltung des Rechts zu fordern; er versucht lediglich sie zu besänftigen.

¹ Jurij Budanow (1963–2011), Oberst (bis 2003) der Russischen Streitkräfte, 2003 wegen Entführung, Vergewaltigung und Ermordung der Tschetschenin Elsa Kungajewa zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren verurteilt, 2009 vorzeitig entlassen und 2011 in Moskau ermordet (d. Red.).

Alle Ereignisse zeigen sehr anschaulich, dass es in Russland in Wirklichkeit keine Machtvertikale gibt. Der Staat ist nicht in der Lage, sich angesichts einer klaren und herausfordernden Gefahr zu verteidigen.

Ilja Jaschin am 25. Januar 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=964486006938378>>

Sobtschak: »Selfie mit Kadyrow«

»[...] Der Flashmob »Kadyrow ist ein Patriot Russlands« erschien ebenfalls eher angestrengt. Wenn Kadyrow tatsächlich überprüfen wollte, wer von den prominenten Figuren bereit wäre, sich für ihn einzusetzen, würde die Überprüfung keine sonderlich ermutigenden Ergebnisse bringen. Natürlich besuchen ihn Künstler, die Timatis und Kirkorows²... und wer in aller Welt noch dort gewesen ist, sie alle haben ihren Porsche geschenkt bekommen, aber nur wenige wollten sich tatsächlich mit dem Kadyrow-Slogan fotografieren lassen. [...]

Und all das trotz Kadyrows großer Bemühungen. Einige Male habe ich meine prominenten Bekannten, deren Fotos ich auf der Instagram-Seite von Kadyrow entdeckt hatte, gefragt: »Warum zum Teufel machst du das? »Manuskripte brennen nicht« – warum tust du dir diese Schande an?« Als Antwort bekam ich zu hören: »Du verstehst nicht, welche große Bedeutung das für ihn hat – er kontrolliert direkt, ob du das Bild im Netz veröffentlicht hast. Er ruft zurück und fragt nach: »Hast du's gepostet oder nicht?« Kein gefütterter Gast verlässt Kadyrows Tisch ohne ein Selfie«. Das erzählen Zeugen in privaten Gesprächen. [...]

Ramsan Achmatowitsch [Kadyrow] weiß, wie Putin denkt. Er versteht, dass der Orden, der ihm am Tag nach Nemzows Ermordung verliehen wurde, keine Bedeutung hat. Er hat sehr gut in Erinnerung, dass Putin Entscheidungen nicht unter Druck trifft; je gewichtiger der Anlass, desto länger hält der nationale Führer inne. Die aktuelle Pause hält bedrohlich lang an. Aus sicheren Quellen weiß Kadyrow genau, wie wütend Putin nach der Ermordung Nemzows war. Und wenn Geremejew [der tschetschenische Polizist, der im Verdacht steht, die Ermordung von Boris Nemzow organisiert zu haben; d. Red.] langsam aus dem Strafverfahren herausgenommen wird und Bastrykin [der Chef der Untersuchungsbehörde] sagt, dass der Mord aufgeklärt sei, bedeutet das keineswegs ein freundliches Abnicken des Kreml, sondern ein unheilvolles Zeichen, dass die wichtigsten Ereignisse noch bevorstehen. Das alles ist das typische Verhalten von Putin: Verbrechen und Strafe sollen zeitlich möglichst weit auseinanderliegen. Es werden ohne Zweifel Maßnahmen folgen. Und zwar genau dann, wenn weder Kadyrow, noch die russische Gesellschaft sie erwarten. Sie werden auch Geremejew ereilen, aber nicht jetzt, nicht sofort.

Es ist klar, dass das Verhältnis zwischen Putin und Kadyrow nie mehr wie früher sein wird. Die Situation ist aber von einer Lösung noch weit entfernt. Je mehr Kadyrow negative Szenarien bezüglich seines Verhältnisses zu Putin fürchtet, desto stärker demonstriert er nun seine Wichtigkeit. Daher rühren auch die langen Instagram-Einträge über Heimatverräter, die offensichtlich von dem alten Freund Wladislaw Jurjewitsch Surkow oder dessen Team aus Freundschaft geschrieben wurden. [...]

Jemand hat seinerzeit die Bemerkung gemacht, Kadyrow handele bei hohen Erdölpreisen mit Stabilität und bei niedrigen Erdölpreisen handele er mit Instabilität. Jetzt kommt es darauf an, dass er nicht anfängt, mit ihr [der Instabilität] zu hausieren. Paraden, Umzüge und Instagram, das ist OK, damit sich das Kind beruhigt.«

Ksenija Sobtschak am 23. Januar 2016 auf »Snob«; <<https://snob.ru/profile/24691/blog/103619>>

Milaschina: Der Kadyrow-Faktor

»Die tschetschenischen Ideologen haben allem Anschein nach eine zwar nicht legale, aber äußerst effiziente Methode gefunden, auf Kritiker einzuwirken. Sie haben die Methode in Tschetschenien erprobt und setzen sie jetzt auch außerhalb der Republik ein. [...]

In letzter Zeit hat die Selbstzensur in tschetschenischen »Facebook«-Accounts massive Ausmaße angenommen. Die Nutzer entfernen ihre Seiten oder säubern sie gründlich. »Gefährliche« Posts werden vernichtet, persönliche Informationen und Freundeslisten werden aus Sicherheitsgründen versteckt. Die Bewohner Tschetscheniens wechseln auch in sehr großer Zahl von »Whats App« zu »Telegram messenger«, das über ein besseres Sicherheitsniveau verfügt. Desweiteren schicken sie Informationen über sichere Chatkanäle und löschen die Chats danach sofort wieder. [...]

Es sei hier angemerkt, dass sich die tschetschenischen Medien (vor allem das Fernsehen) in ihrer Nachrichtenstruktur stets von den regionalen Medien anderer Föderationssubjekte unterscheiden haben. Bei keiner anderen Filiale der WGR TK [Allrussischen Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt] bestehen die Nachrichten zu 99 % aus Berichten über den Gouverneur der Region. In Tschetschenien ist nur das – öffentliche wie private – Leben von Ramsan Kadyrow eine Nachricht. Da wären seine Verwaltungstätigkeit, seine Sicherheitsstrukturen, seine Einmischung in den religiösen Bereich, seine Pilgerreise im Rahmen der Hadsch, zusammen mit seinem engsten Umfeld, seine Familienvisi-

ten bei diversen arabischen Scheichs, seine *hafiz*-[koranfesten] Kinder, seine unternehmerische Frau, seine wohlthätige Mutter, seine vielzähligen Hobbys: Fußball, Boxen, *Mixed Martial Arts*, Hunde und die übrige Tierschau. Und jetzt ist eine ständige Rubrik hinzugekommen: »Seine Feinde«.

Dieses gesamte schlichte und grobe Medienmaschine arbeitet mit Geldern, die das Presseministerium Tschetscheniens, die regionalen Medien und die Blogger aus dem föderalen Haushalt der Russischen Föderation erhalten.«

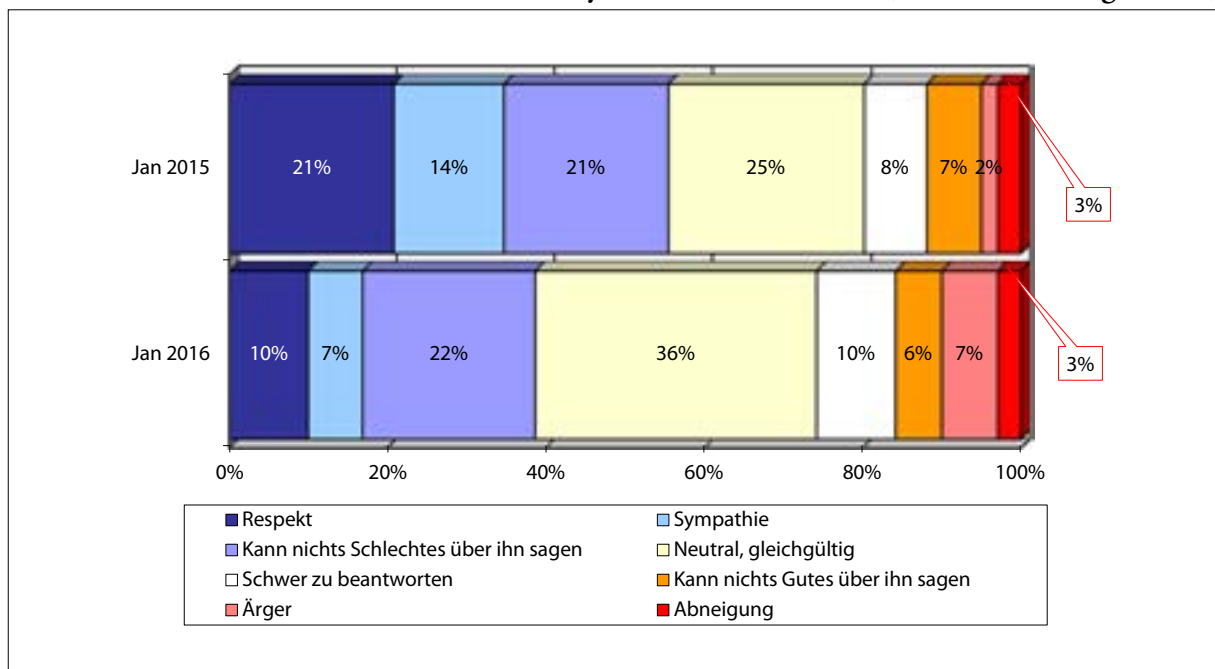
Jelena Milaschina am 1. Februar 2016 in der »Nowaja Gaseta«; <<http://www.nowaygazeta.ru/inquests/71652.html>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

UMFRAGE

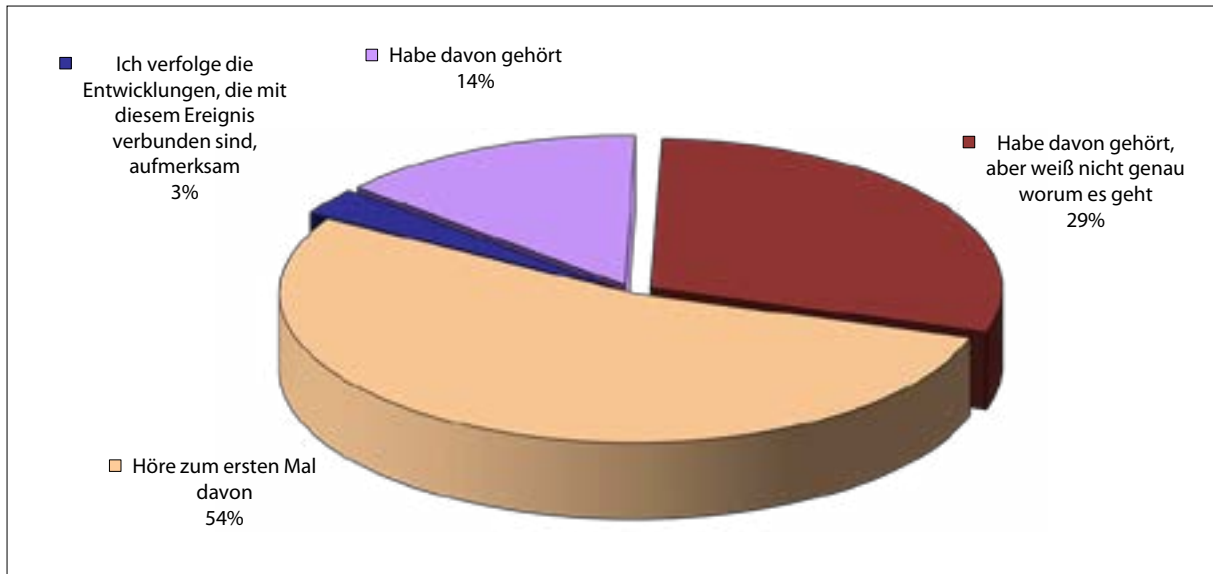
Kadyrov in der Wahrnehmung der russischen Öffentlichkeit

Grafik 10: Was für Gefühle ruft Ramsan Kadyrow bei Ihnen hervor? (eine Antwortmöglichkeit)



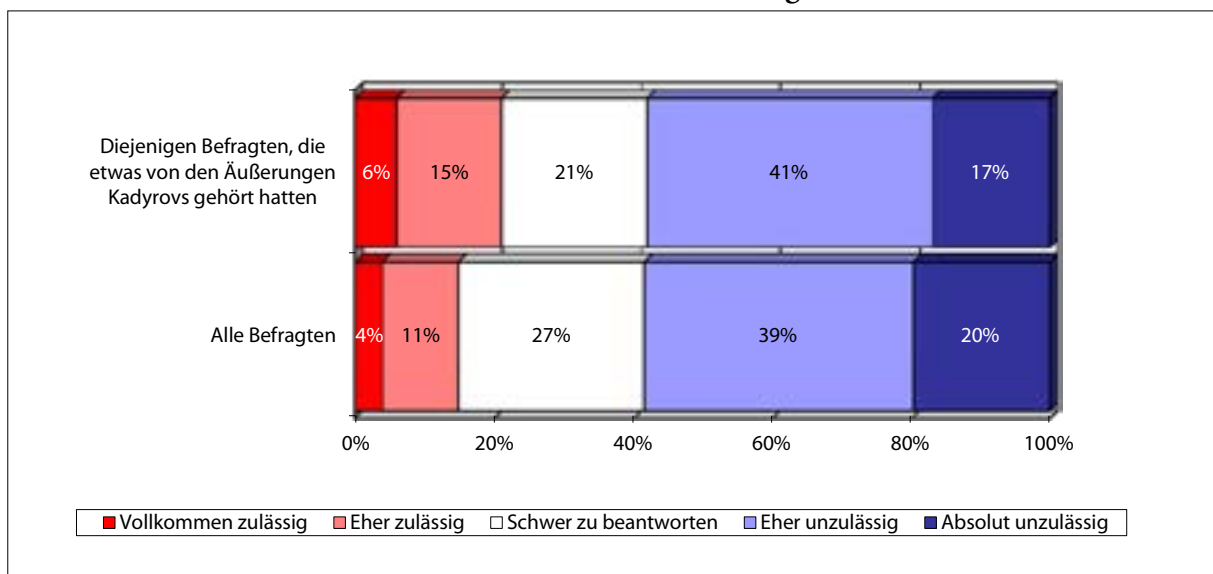
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 22.–25. Januar 2016; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2016/01/28/kadyrov/>>, 29. Januar 2016

Grafik 11: Haben Sie von den kürzlich erfolgten Äußerungen von Ramsan Kadyrow über die »nicht-systemische Opposition«, deren Vertreter er als »Volksfeinde« und »Verräter« bezeichnete, gehört?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 22.–25. Januar 2016; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2016/01/28/kadyrov/>>, 29. Januar 2016

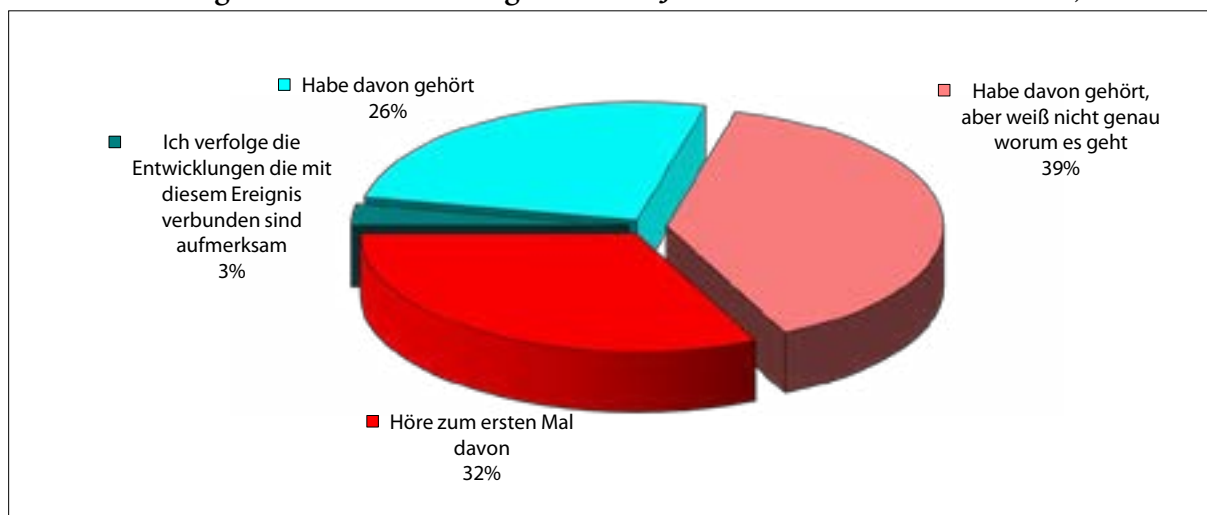
Grafik 12: Was denken Sie, ist es zulässig, dass Vertreter der Regierungsmacht diejenigen Politiker und öffentlichen Aktivisten, die die derzeitige russische Regierung kritisieren, als »Volksfeinde« bezeichnen und ihnen Bestrafung androhen?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 22.–25. Januar 2016; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2016/01/28/kadyrov/>>, 29. Januar 2016

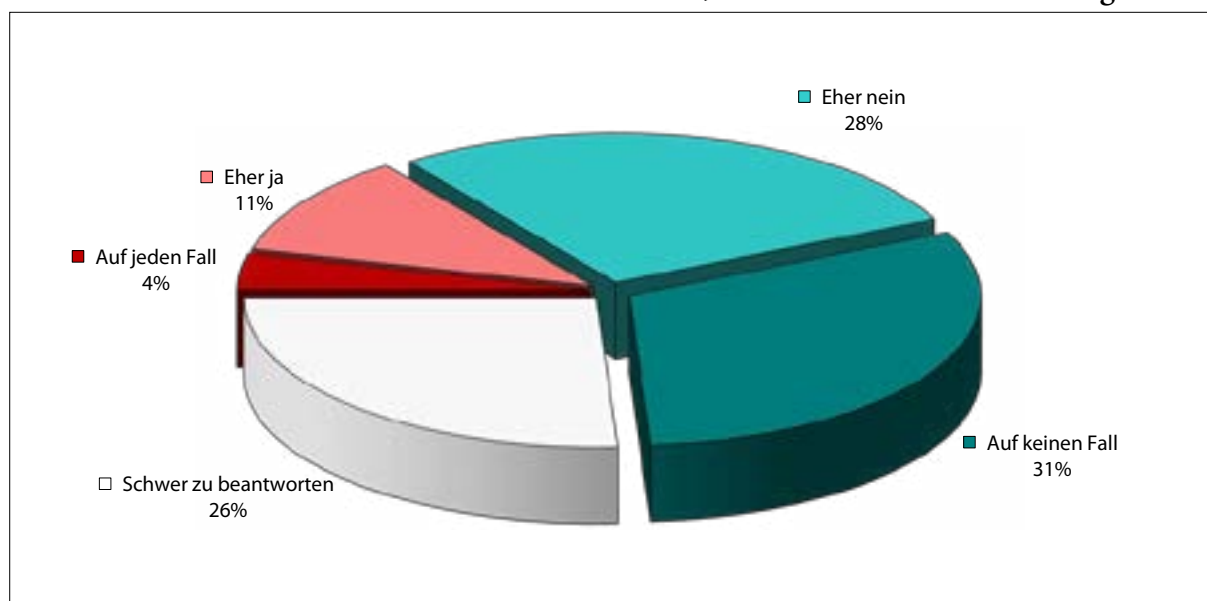
Die Wahrnehmung der Litwinenko-Affäre in der russischen Öffentlichkeit

Grafik 13: Haben Sie schon einmal von der »Affäre Litwinenko« gehört? (Tod eines ehemaligen FSB-Offiziers in London, der die russischen Geheimdienste verdächtigte, für Anschläge in Moskau und Wolgodonsk im Jahr 1999 verantwortlich zu sein)



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 22.–25. Januar 2016; N= 1600; <<http://www.lewada.ru/2016/01/29/delo-litvinenko/>>, 29. Januar 2016

Grafik 14: Ein Londoner Gericht bezeichnete kürzlich Präsident Wladimir Putin und Nikolaj Patruschew, den Sekretär des Sicherheitsrates, als »wahrscheinlich beteiligt« am Tod von Alexander Litwinenko. Was denken Sie, hat der Vorwurf eine Grundlage?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 22.–25. Januar 2016; N= 1600; <<http://www.lewada.ru/2016/01/29/delo-litvinenko/>>, 29. Januar 2016

Über Tabus, Glasnost und Antiglasnost

Jens Siegert, Moskau

Die beiden ersten russischen Worte (nach »da«, »net«, »na sdorowje« und »Sputnik«), die ich gelernt habe, waren Perestrojka und Glasnost, »Umbau« und »Offenheit«. Ich konnte damals, in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre noch kein (Wort) Russisch und mit Russland, also der Sowjetunion, war ich auch nur so weit bekannt, wie es eben politisch interessierte und engagierte Menschen ohne speziellen Russlandbezug im Westen waren, also nicht besonders. Folglich dachte ich (und denke heute, dass ich damit im *Mainstream* lag), Perestrojka sei wichtiger als Glasnost. Das war natürlich Unsinn. Denn selbstverständlich war die neue Offenheit, das langsame, schrittweise, zuerst weit mehr von oben gesteuerte als von unten geforderte Aufheben von Tabus, die Voraussetzung für den Umbau. Der Umbau aber war nötig und eben deshalb hatten sich Teile der Führung der Sowjetunion mit dem neuen Generalsekretär Michail Gorbatschow an der Spitze, dazu entschlossen.

Was ursprünglich wohl vor allem ein Versuch war, den inneren Widerstand gegen Veränderungen *innerhalb* des sowjetischen Herrschaftsapparats mit Hilfe des von den politischen Entscheidungen ausgeschlossenen Volkes (*noch* nicht: Gesellschaft) zu brechen (oder zumindest zu umgehen), geriet recht schnell außer Kontrolle. Jedes vom Staat aufgehobene (das überwog zuerst) oder (später immer öfter) von den Menschen gebrochene Tabu erzeugte damals, vor nun schon 30 Jahren, große öffentliche Resonanz. Es gab ein ganz offensichtlich überbordendes Bedürfnis nach Wissen (»Wir wollen wissen« war 1987/88 eine der meistgebrauchten Losungen auf den nun möglichen Demonstrationen und Versammlungen jenseits der Parteikontrolle), etwas pathetischer ausgedrückt, nach *Wahrheit*.

Heute gibt es dagegen in Russland viele Wahrheiten, aber sie zu kennen, ändert fast nichts (mehr). Während vor 30 Jahren die ans Licht gekommenen Dinge von den Menschen (be)gierig aufgenommen wurden, es buchstäblich einen großen *Durst nach Wahrheit und Wissen* gab, verpuffen heute selbst die skandalösesten Informationen über die Mächtigen des Landes fast wirkungslos. Damals wollten die Menschen über die bis dahin beschwiegene und verborgene Vergangenheit reden, auch und vor allem über das, was weh tat, über die schwarzen Flecken dort, also: über den (stalinistischen) Terror, über die Korruption in der Machtelite und, weil seinerzeit aktuell und brennend, über den Krieg in Afghanistan und seine Toten (sowjetischen Soldaten). Heute ist *dieses* Verlangen fast erloschen. Kaum jemand möchte mehr Schlechtes über die (eigene) Ver-

gangenheit wissen. Es herrscht umgekehrt ein weit verbreitetes und vom Staat geschürtes Bedürfnis nach positiver Selbstvergewisserung. Patriotismus, sagt Präsident Putin, sei die »einzig mögliche nationale Idee« für Russland und erntet damit viel Zustimmung.

Diese Umkehr kam nicht plötzlich. Es war von Anfang an Teil der von Putin bei seinem Amtsantritt als Präsident ausgerufenen *Stärkung der Machtvertikale*, den Offenheitsgeist wieder in die Flasche zu bekommen. Nur so, argumentierte er, könne das Land vor dem Zerfall bewahrt werden. Stück für Stück wurde immer mehr in Russland erneut für geheim, für nicht genehm, und *dem Staat gefährlich* erklärt. Stück für Stück, erst langsam, dann immer schneller, schlossen sich die Türen der Archive wieder und kehrten die Tabus zurück. Erneut war der Staat der Initiator und Treiber. Aber erneut traf diese Umkehrung *auch* auf ein Bedürfnis in der Bevölkerung. Dabei geht es dem Staat (und den Menschen) nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie darum, das Schlechte in der Vergangenheit erneut zu verbergen, als vielmehr, die Vergangenheit insgesamt mit neuem, positivem Sinn zu versehen. Allerdings geschieht das nicht durch eine intensive Beschäftigung und damit gedankliche und emotionale Durchdringung der vergangenen Verbrechen, sondern damit, sie zu relativieren und dadurch, mit der Zeit, zu verdrängen. Die Monster werden gebannt. Aber sie bleiben.

Dieser Prozess verläuft zweigleisig. Neben der Wiedererrichtung alter Tabus tauchen auch zahlreiche neue auf. Die alten haben meist etwas mit zwar überkommenen, aber deshalb längst nicht altmodischen Herrschaftstechniken zu tun, also vor allem mit den Geheimdiensten. Die neuen dagegen sollen nicht nur Herrschaft sichern, sondern dienen viel mehr dazu, den Widerspruch zwischen dem vom Kreml behaupteten Allgemeinwohl auf der einen und der schamlosen Bereicherung der Staatseliten und ihrer staatspolitischen und wirtschaftlichen Unfähigkeit auf der anderen Seite zu verbergen.

Einige der Tabus sind gesetzlich abgesichert oder werden durch neu geschaffene Gesetze durchgesetzt. Manchmal sind die neuen Gesetze zielgerichtet, wie z. B. das sogenannte *NGO-Agentengesetz*. Oft ist anfangs aber gar nicht klar, wozu ein neues Gesetz dient oder dienen soll. Oder Gesetze sind für, wie das bei Militärtechnik heißt, Dual Use ausgelegt, können also so (rechtsstaatlich) als auch anders (unrechtmäßig) genutzt werden. Ein gutes Beispiel ist das »Gesetz über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit«. Es wurde anfangs überwiegend

gend an der Grenze zwischen Terrorismus und politischem Extremismus angewandt. Inzwischen werten Staatsanwaltschaft und Gerichte (fast) alles als extremistisch, was in Opposition zum Kreml steht. Wie weitsichtig der Kreml dabei bis vor einigen Jahren vorging, ist schwer zu sagen; oft zeigte sich erst in der Praxis, wofür ein Gesetz alles nütze sein kann. Nach dem Protestwinter 2011/2012 wurden allerdings mehr als 30 neue Gesetze geschaffen, deren Hauptzweck von Anfang an die Einschränkung von politischer Opposition ist.

Die Grenzen des Gestatteten, die Grenzen der Tabus wurden also seit 2000 immer enger gezogen. Nun müssen Tabus aber in einer Gesellschaft auch verstanden werden. Da die Staatsführung weiter darauf besteht, Russland sei ein demokratischer Rechtsstaat (nur eben mit einigen im »Russentum« oder in einem mythischen »russischen Volkscharakter« gelegenen Besonderheiten) und da – zumindest in Umfragen – weiterhin eine Mehrheit der Menschen im Land glaubt, dass das auch so ist, können viele Tabus nicht einfach beim Namen genannt werden. Niemand aus der Staatsspitze kann hingehen und verkünden, dieser dürfe sich korrupt bereichern, jener aber nicht dagegen protestieren, obwohl alle (trotz der überbordenden Propaganda der vergangenen Jahre) wissen, dass das so ist.

Aber natürlich schauen die Menschen genau hin und hören genau zu, was erlaubt ist und was nicht. Das zu wissen, gehört zum (mehr oder weniger guten) Überleben. Wissen muss gelernt werden. So gesehen, sind die Menschen in Russland aufmerksame Schüler.

Besonders lehrreich war in dieser Hinsicht die erste Dezemberwoche im vergangenen Jahr, in der (nicht nur aus Tabusicht) zwei Ereignisse hervorstachen. Erst veröffentlichte der Politiker und Antikorruptionskämpfer Alexej Nawalnyj einen Film über die korrupten Geschäfte der Söhne von Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka und ihre Verbindungen zu einer der brutalsten Verbrecherbanden der neueren russischen Geschichte (<https://chaika.navalny.com>). Ein paar Tage später wurde der oppositionelle Aktivist Ildar Dadin als erster aufgrund eines erst jüngst verabschiedeten Gesetzes zu drei Jahren Lagerhaft verurteilt, weil er »mehrfach« ohne Genehmigung demonstriert hatte und dafür zu kleineren Geldstrafen verurteilt worden war.

Zu Tschajka hat sich, einige Tage nach der Veröffentlichung des Videos, Putins Pressesprecher geäußert. Das sei alles nicht neu und für den Kreml nicht interessant, sagte Dmitrij Peskow. Kurz: Der Kreml weiß, dass geklaut und gemordet wird, hat aber nichts dagegen, wenn das die eigenen, die *richtigen* Leute tun. Getreu dem in Russland sprichwörtlichen Motto »Den Freunden alles, den Feinden das Gesetz«, riskiert dagegen in Haft zu landen, wer gegen staatliche Entscheidungen

(und dazu gehört auch die Entscheidung, bestimmte Verbrechen *nicht* zu verfolgen) protestiert und damit, wie Ildar Dadin, ein Verfassungsrecht in Anspruch nimmt.

Das Augenfälligste Anfang Dezember war das zeitliche Aufeinandertreffen dieser beiden Ereignisse. Für sich genommen wären sie nichts Besonderes. Dem Chef des Staatlichen Ermittlungskomitees (einer Art russischer FBI) Alexander Bastrykin werden Verbindungen zu einer »russischen Mafia« in Spanien nachgesagt (<https://openrussia.org/post/view/10965/>). Veröffentlichungen von Wikileaks legen die Vermutung nahe, dass der russische Staat sich Strukturen aus dem organisierten Verbrechen für »dreckige Arbeit« bedient (<http://www.theguardian.com/world/2010/dec/01/wikileaks-cable-spain-russian-mafia>). Der tschetschenische Republikchef Ramsan Kadyrow ruft kaum verhohlen zur Jagd auf Oppositionspolitiker auf. Die Kinder vieler hochgestellter Politiker, wie die Tochter des Verteidigungsministers Sergej Schojgu häufen schon in jungen Jahren enorme Vermögen an oder sitzen in hohen Führungspositionen bei Staatskonzernen. Und unlängst wurde gar Präsident Putin selbst von einem Untersuchungsbericht des US-Kongresses mit systematischer Korruption in Verbindung gebracht. All das ruft im Kreml nur Achselzucken hervor und die Justizbehörden nehmen meist nicht einmal Notiz davon.

Auf der anderen Seite wächst die Zahl der politischen Verfahren und der politischen Gefangenen. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen sitzen zur Zeit mindestens 59 Menschen aus politischen Gründen in russischen Gefängnissen und Lagern. Gegen 24 weitere Menschen hat die russische Justiz aus politischen Gründen Ermittlungsverfahren angestrengt (<http://www.politzyky.ru/politzyki/ves-spisok/22379.html>), (<http://memohrc.org/pzk-list>).

All das ist in Russland weithin bekannt, aber der Protest dagegen bleibt auf eine kleine Bevölkerungsgruppe beschränkt. Die meisten Menschen ziehen es vor, solche Informationen kaum zur Kenntnis zu nehmen. Und wenn doch, dann hat das keine Folgen, denn es bestätigt für sie nur, *was obnehin alle wissen*: Ja, es wird geraubt und gemordet. Ja, das machen Staatsanwälte, Politiker, Polizisten, Beamte. Ja, sie machen es zusammen mit richtigen Banditen. Und ja, daran kann man nichts ändern.

Präsident Putin ist vor 16 Jahren ausdrücklich angetreten, ich habe das oben schon erwähnt, um einen starken, vertikal integrierten Staat zu schaffen, der den großen zentrifugalen Kräften in den 1990er Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion widerstehen kann. Er traf damit ein in der Bevölkerung weit geteiltes Interesse. Der Verwaltungsapparat sollte also in Ordnung gebracht und effektiver (eines von Putins Lieblingswörtern) gemacht werden. Korruption sollte bekämpft und die regionalen

Eliten erneut dem Moskauer Willen unterworfen werden. Dazu wurden demokratische Freiheiten und staatsbürgerliche Beteiligungsrechte nach und nach bis zur Unkenntlichkeit beschnitten. Die meisten Leute nahmen es hin, weil das (richtige) Ziel ihrer Meinung nach die Mittel rechtfertigte. Doch heraus gekommen ist ein fragmentierter, von einer zutiefst korrupten Bürokratie beherrschter Staat, der nach einem Höhepunkt in den 2000er Jahren erneut desintegrierend wirkt.

Recht, soweit es sich in den 1990er Jahren und auch noch, in einer Art trägen Bewegung, in den ersten Putinjahren zumindest in einigen Bereichen (vor allem im

Zivil- und im Wirtschaftsrecht) durchgesetzt hatte, wurde inzwischen mehr und mehr durch das ersetzt, was im Russischen »schit po ponjatijam« (auf Deutsch etwa: »Leben nach Ehrbegriffen«) genannt wird. Das sind die ungeschriebenen, aber dennoch eisernen Regeln der russischen Verbrecherwelt. Sie haben das Land im Griff.

Fast sieht es so aus, als sei das Land wie nach einer Zeitreise wieder in der Mitte der 1980er Jahre angekommen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

22. Januar – 4. Februar 2016

22.01.2016	Nach einer aktuellen Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums fürchtet sich jeder vierte Bürger Russlands davor, öffentlich seine Meinung zu »laufenden Ereignissen im Land« zu äußern. Als Hauptgrund werden mögliche persönliche negative Auswirkungen angegeben.
22.01.2016	Das tschetschenische Innenministerium erklärt, dass an einer Demonstration zur Unterstützung des Republikchefs Ramsan Kadyrow in Grosnyi fast eine Million Menschen gezählt worden seien. Die Demonstration richtete sich gegen russische Oppositionspolitiker, die drastische Äußerungen Kadyrows über die Opposition massiv kritisiert hatten.
22.01.2016	Das ukrainische Antimonopol-Komitee gibt bekannt, dass es das russische Unternehmen »Gazprom« wegen Missbrauchs seines Marktmonopols zu einer Strafzahlung von 85 Milliarden Hrywnja (ca. 3, 4 Milliarden Dollar) auffordert.
22.01.2016	Sitzung des russischen Sicherheitsrates. Hauptthemen sind die sozio-ökonomische Lage im Land, die Situation auf den Weltmärkten sowie die innenpolitische Lage in der Republik Moldau.
24.01.2016	Die Oppositionspartei »Jabloko« gibt anlässlich des Treffens ihres Parteivorstands bekannt, dass sie mit Blick auf die Wahlen zur russischen Staatsduma im Herbst 2016 bereit sei, mit den Oppositionsbündnissen »PARNAS« und »Bürgerinitiative« zusammenzuarbeiten.
25.01.2016	Das türkische Wirtschaftsministerium erklärt, dass es in Reaktion auf russische Sanktionen »Anti-Dumping« Gebühren für russische metallurgische Unternehmen einführt. Einer Studie des Ministeriums zufolge seien nationale Hersteller durch die Absenkung der Preise für Walzblech durch die russischen Exporteure im Nachteil.
25.01.2016	In Moskau wird die Bewachung und der Sicherheitsdienst aller 34 Bezirksgerichte einem privaten, von Kosaken geleiteten Sicherheitsunternehmen mit Namen »Kosaken-Wache« anvertraut.
25.01.2016	»Rosstat«, Russlands Statistikbehörde, veröffentlicht neue Daten zur Wirtschaftsentwicklung in Russland, die den Rückgang der russischen Wirtschaft bestätigen. Danach ist das russische BIP 2015 um 3,7 % zurückgegangen. Die Reallöhne sanken um 10 %. Damit betrug der Durchschnittslohn 2015 in Russland 33.900 Rubel (etwa 390 Euro). Am Ende des Jahres lag die Inflationsrate bei 12,9 %. Die Preise für Lebensmittel stiegen im Durchschnitt um 14,3 %.
25.01.2016	Adam Szubin, ein Mitarbeiter des US-Finanzministeriums, äußert gegenüber der BBC, dass die US-Regierung seit vielen Jahren wisse, dass Putin korrupt sei. Diese Äußerung wird von russischer Seite, u. a. von Dmitrij Peskow, dem Pressesprecher Putins, scharf zurückgewiesen.
26.01.2016	Die Generalstaatsanwaltschaft weist erneut den Antrag von Menschenrechtlern zurück, den Tod von 159 Militärangehörigen in der Zeit von Januar 2014 bis Juli 2015 zu überprüfen.
26.01.2016	Der Literat und langjährige Führer der »Nationalbolschewiki« Eduard Limonow gründet zusammen mit dem rechtsextremen Aktivistin und ehemaligen Verteidigungsminister der sogenannten Volksrepublik Donezk, Igor Strelkow, eine neue politische Partei mit Namen »Komitee des 25. Januar«. Dieser Zusammenschluss »national-patriotischer Kräfte« soll neben den Regierungsparteien und den prowestlichen Liberalen eine dritte Kraft darstellen.
26.01.2016	Außenminister Sergej Lawrow äußert sich im Rahmen einer Pressekonferenz zur russischen Außenpolitik unter anderem zu dem Fall eines russlanddeutschen Mädchens, das in Berlin angeblich von Flüchtlingen entführt und vergewaltigt worden war. Lawrow wirft den deutschen Behörden Untätigkeit und Verschleierung vor. Der Fall hatte als Anlass für Gerüchte im Internet gedient und war in russischen Staatsmedien intensiv thematisiert worden. In Deutschland kam es in zahlreichen Städten zu Demonstrationen von Russlanddeutschen.
27.01.2016	Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) eröffnet ein Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Russisch-georgischen Kriegs 2008. Es handelt sich dabei um das erste Verfahren, das einen Konflikt außerhalb von Afrika zum Gegenstand hat. Obwohl nicht Vertragsstaat des IStGH, kündigt Russland an, bei den Ermittlungen mit dem Gericht kooperieren zu wollen.
27.01.2016	Präsident Wladimir Putin leitet eine Sitzung mit Regierungsmitgliedern. Angesichts der Grippewelle in Moskau berichtet die Gesundheitsministerin Veronika Skworzowa über die epidemiologische Situation im Land. Außerdem werden Maßnahmen zur Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen erörtert.

27.01.2016	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew kündigt eine Erhöhung der kommunalen Abgaben um durchschnittlich maximal 4% an, die Mitte des Jahres in Kraft treten soll.
28.01.2016	Der russische Automobilhersteller »Awtowas« kündigt an, dass ab Mitte Februar die Gehälter der Mitarbeiter um 20% gekürzt und Kurzarbeit (4-Tage Woche) eingeführt werden sollen.
28.01.2016	Sitzung des russischen Sicherheitsrates. Wichtigste Themen sind die sozio-ökonomische Situation im Land, die Entwicklung von High-Tech Produkten und Imports substitutionen. Des Weiteren wird über die bevorstehenden Syrien-Verhandlungen in Genf gesprochen.
28.01.2016	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) veröffentlicht seinen Jahresbericht 2015 < http://www.echr.coe.int/Documents/Stats_analysis_2015_ENG.pdf >. Danach ist Russland das Land mit der höchsten Anzahl an Menschenrechtsverletzungen sowie Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention. Am Tag der Meldung legt Russland gegen die erste Entscheidung des EGMR zum sogenannten »Bolotnaja-Verfahren« Beschwerde ein.
28.01.2016	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ruft in seinem Jahresbericht dazu auf, die turnusmäßigen Sitzungen des NATO-Russland-Rates wiederaufzunehmen. Im Zuge der Ukraine-Krise war die militärische und zivile Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland seit September 2014 ausgesetzt worden.
30.01.2016	Auf der Großen Moskworeschnyj-Brücke wird in der Nacht zum 30. Januar die inoffizielle Gedenkstätte für den an dieser Stelle ermordeten Boris Nemzow von Mitarbeitern der staatlichen Brückenbehörde entfernt.
30.–31. 01.2016	Türkische Behörden erklären, am Vortag habe erneut ein russisches Militärflugzeug des Typs Su-24 den türkischen Luftraum verletzt. Die russische Seite bestreitet dies und erklärt, das Flugzeug habe sich über syrischem Luftraum befunden. In Istanbul wird der russische Botschafter einbestellt. Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärt, dass er ein Treffen mit Präsident Wladimir Putin wünsche. Kurze Zeit später bestätigt das amerikanische Verteidigungsministerium die Luftraumverletzung durch Russland. Die türkischen Luftstreitkräfte werden in Alarmbereitschaft versetzt.
31. 01.2016	In Genf beginnen die Friedensgespräche zur Beendigung des syrischen Bürgerkrieges. Die russische Regierung kann ihre Forderung, die kurdische »Partei der Demokratischen Union« (PYD) ebenfalls in die Verhandlungen einzubeziehen, nicht durchsetzen. Einige Vertreter kurdischer Gruppen sind jedoch als Teil der Delegation der syrischen Opposition angereist. Für die Verhandlungen sind sechs Monate vorgesehen.
01.02.2016	Das italienische Unternehmen »Saipem«, das mit dem Bau des Unterwasserabschnitts der geplanten Gaspipeline »South Stream« beauftragt war, klagt gegen Gazprom auf eine Entschädigung von 759 Millionen Euro. Der Bau der Pipeline, die von Russland über Bulgarien nach Italien führen sollte, hatte im Dezember 2012 begonnen, war aber nach zwei Jahren Bauzeit von Russland eingestellt worden.
01.02.2016	Die Moskauer Stadtverwaltung kündigt an, dass 2016 etwa 1.500 Beamte mithilfe eines Lügendetektors auf ihre Korruptionsanfälligkeit geprüft werden sollen. Diese Maßnahme sei ein obligatorischer Teil des Programms zur Korruptionsprophylaxe.
01.02.2016	Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zusammen, um die Situation in der Ostukraine zu erörtern. Sie betont, dass ohne die Erfüllung des Minsker Abkommens, eine Verlängerung der EU-Sanktionen gegenüber Russland notwendig sei.
02.02.2016	Das amerikanische Finanzministerium erweitert die sogenannte »Magnizkij-Liste« um weitere fünf Personen. Die personenbezogenen Sanktionen richten sich gegen russische Beamte, die an dem Fall des im Gefängnis ums Leben gekommenen Anwalts Sergej Magnizkij beteiligt waren. Russland fügt als Reaktion hierauf seinerseits der russischen »schwarzen Liste« mehrere Personen verschiedener amerikanischer Sicherheitsbehörden hinzu.
02.02.2016	Ein Bezirksgericht im Gebiet Uljanowsk erkennt in einem Verfahren wegen wiederholten Alkoholmissbrauchs am Steuer eine Teilnahme am militärischen Einsatz in der Ostukraine als strafmildernden Umstand an. Der Täter hatte angegeben, dass er sich im Mai 2015 an Kämpfen in der sogenannten Volksrepublik Donezk beteiligt hatte.
02.02.2016	Auf russische Initiative hin telefonieren Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel miteinander. Thema der Unterredung ist die Regulierung des Ukraine-Konflikts und die damit zusammenhängende EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland.
02.02.2016	Präsident Wladimir Putin ernennt Generalleutnant Igor Korobow zum neuen Chef des Militärgeheimdienstes GRU. Sein Vorgänger, Igor Sergun, war im Januar verstorben.

03.02.2016	In Syrien wird der Tod eines russischen Militärberaters gemeldet. Er hatte syrische Regierungssoldaten an neuen Waffen ausgebildet und kam bei einem Mörserangriff auf eine syrische Garnison ums Leben. Das russische Verteidigungsministerium macht die Terrormiliz »Islamischer Staat« für den Angriff verantwortlich.
03.–04.02.2016	Der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer reist mit einer Delegation (der u. a. auch der ehemalige bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber angehört) nach Moskau, um Präsident Wladimir Putin zu treffen. Seehofer wirbt für mehr Vertrauen und Normalität in den Beziehungen und erklärt seinen Standpunkt hinsichtlich der Lockerung westlicher Sanktionen gegenüber Russland.
04.02.2016	Die Türkei verschärft die Visabestimmungen für russische Staatsbürger. Insbesondere russische Journalisten müssen ab Mitte Februar auch für kurzfristige Aufenthalte ein Visum beantragen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php